



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schilderstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 41.

Berlin, den 6. Januar 1918.

12. Jahrgang.

Die Losung des neuen Jahres: Frieden und Freiheit!

Berlin, den 1. Januar 1918.

Das Vermächtnis des Jahres 1917.

Man verlange von uns keine sentimental-hoffnungselige Neujahrsbetrachtung. Wer eine solche wünscht und gegen den rauhen Wirklichkeitsernst der Zeit blind sein will, der greife zum „Vorwärts“, der das neue Jahr voll Hoffnung und Optimismus begrüßt hat, wobei er sich ausgerechnet auf den großen Grübler und Skeptiker Dostojewski berief. Aber wie viele Menschen nicht ohne Lebenslüge leben können, so muß der zahn- und trallertlose Regierungsozialismus sich und anderen eingebildete Erfolge vortäuschen und seine Lustschlösser mit immer neuen Missionshypotheken belasten. Wie sieht es in Wirklichkeit an der Jahreswende 1917/1918 aus? Die Aussicht auf einen allgemeinen, ganz zu schweigen von einem wirklich demokratischen Frieden ist höchst untrübe. Die Ende des Jahres 1917 an der West- und Südfront erfolgte Verstärkung der militärischen Kräfte auf der einen, die Hoffnung auf die amerikanische Hilfe auf der anderen Seite lassen verstehen, daß die Regierungen Lloyd Georges, Clemenceaus an der Jahreswende an ihrer alten Parole: „Erst Segen!“ festhalten, und daß andererseits der deutsche Kaiser seinen Neujahrsbefehl an Heer und Marine mit den Worten schloß: „Darum vorwärts mit Gott zu neuen Taten und zu neuen Siegen!“ Und Generalfeldmarschall von Hindenburg sagte in einem Neujahrstelegramm an den Chef des Admiralstabes: „So werden wir Hand in Hand mit Gottes Hilfe die herrliche Entscheidung erkämpfen.“ Das klingt alles nicht nach einem allgemeinen Frieden, wohl aber nach neuen, härteren Kämpfen. Der Friede aber, der im Osten sich vorbereitet, ist, wenn er wirklich zustande kommt, nur ein lahmer und einseitiger Friede. Er wird im besten Falle dem russischen Partner die Möglichkeit geben, im eigenen Lande die demokratischen und sozialistischen Aufgaben der Revolution zu lösen, soweit überhaupt eine Lösung möglich ist, solange in den anderen Ländern die imperialistische Gewalt, das kapitalistische Wirtschaftssystem und undemokratische Regierungsmethoden am Ruder sind.

Daß dem so ist, ist nach unserer Überzeugung nicht Schuld der Bolschewiki-Regierung. Diese ist von der eisernen Logik der Revolution und der in ihr wirklichen Klassenkämpfe vor die Entscheidung gestellt worden, — ob das in aller Sozialisten Munde lebende Wort: „das letzte Ziel des proletarischen Befreiungskampfes ist die Eroberung der politischen Macht“ nur eine schöne Agitationsphrase sei, oder ob es, gestützt auf den Willen der Massen, in die Tat umgesetzt werden muß. Die Bolschewiki haben sich für die Tat entschieden. Sie mußten es tun, wollten sie die offene und verdeckte Gegenrevolution nicht in den Sattel steigen lassen, sie mußten es tun, nachdem der gemäßigtere Koalitions-Sozialismus sich aus seinen revolutionären Machtpositionen hatte drängen lassen und, wenn vielleicht auch wider Willen, dem Entente-imperialismus Vorschub leistete. Einmal im Besitze der politischen Macht, konnten die Bolschewiki gar nichts anderes tun, als das, was die Massen am dringendsten verlangten und ihr Land am nötigsten brauchte, zu erstreben: den Frieden anzubahnen. Sie wollten und wollen noch heute den allgemeinen, demokratischen Frieden. Es ist nicht ihre Schuld, wenn der Friede, der vielleicht in Brest-Litowsk geschlossen wird, das Zustandekommen eines allgemeinen Friedens vielleicht eher erschwert als fördert. Die revolutionäre Situation in Rußland trieb sie zu einer unausweichbaren Friedensentscheidung, während die proletarisch-sozialistische Weltrevolution, die kommen wird und kommen

muß, sich nur erst langsam und unter vielen Hemmungen im Schoße der Völker regt und vielleicht erst an die Liquidierung der Schuldbuchung des Weltkrieges gehen kann, nachdem die offiziellen Regierungen einen allgemeinen Frieden geschlossen haben, der den imperialistischen Tendenzen noch übergenug Spielraum läßt.

Und darum reden wir von einem Vermächtnis des Jahres 1917. Denn drei Daten dieses Jahres müssen dem internationalen Proletariat als eindringliche Lehren herüberleuchten in das Jahr 1918 und darüber hinaus. Der 14. März — Sturz des Zarismus, der 5. Mai — der Todesstoß gegen den bürgerlichen Imperialismus Rußlands, der 7. November — der trotz aller Anfeindungen heldenhafte Versuch, den proletarischen Sozialismus in politische und ökonomische Wirklichkeit umzusetzen. All das Große und Vorbildliche, das diese Ereignisse in sich schließen, aber auch all die Fehler und Schwächen, die in ihnen zutage traten, müssen in allen Ländern für den Kampf um Demokratie und Sozialismus beachtet werden und wir stimmen dem Genossen Mehring zu, wenn er sagt: „Die russische Revolution hat das Signal einer besseren Zukunft gegeben, und je mehr Hindernisse sich uns auf dem Wege zu dieser Zukunft entgegenrücken, um so mehr gilt es, nicht vor ihnen zurückzuschrecken, um so mehr heißt es, sich anstrengen, um sie zu überwinden.“

Vor allem aber hat die Arbeiterklasse sich vor Aufgaben zu stellen. Wie um die Jahreswende des Jahres 1914—1915 breite Massen des internationalen Proletariats im Banne des Kriegsausbruches standen, so geben sich viele Arbeiter an der Jahreswende 1917—1918 allen möglichen Friedensillusionen hin. Da glauben die einen, die mit den Wirrungen der internationalen Politik wenig vertraut sind, daß seit den Tagen von Brest-Litowsk der Friede in vollem Anmarsch sei, andere wieder meinen, daß erst der große Überlauf im Westen den Frieden bringen wird, „den die Welt braucht“. Die meisten aber leben der Hoffnung, daß der Friede, den ihre kapitalistischen Regierungen über kurz oder lang beideren werden, aller Not ein Ende machen werde. Nein der Friede, der unter den heutigen Besitz- und Machtverhältnissen kommen wird, wird nicht als hold lächelnder Gnabe hervortreten, sondern als finsterner, ernster Wandbeter durch die Länder schreiten. In den Kalten seiner Toga wird er verhängnisvolle Gaben bergen, die um so verhängnisvoller werden, je länger sein Kommen hinausgezögert wird. Welt-hunger und Weltelend können von ihm nicht im Handumdrehen fortgezaubert werden, wirtschaftliche Misse, Steuerdruck und wachsende Kulturwunden wird er im Gefolge haben, vor seinem Hauch wird die zum Gewohnheitsrecht gewordene Militärdiktatur ebensowenig abdanken wollen, wie er das Aufsteigen neuer internationaler Konflikte und künftiger Kriegsmöglichkeiten nicht verhüten konnte.

Soll darum das internationale Proletariat den Frieden nicht herbeiwünschen? Ja, es muß ihn, wenn es nicht verbluten will, mit allen Fasern seines Herzens herbeiführen. Denn jeder Tag länger Krieg bedeutet für die Arbeiterklasse aller Länder auf Monate und Jahre längeres Friedens-elend. Und noch mehr: Will das Proletariat die Lasten der verhängnisvollen Kriegserbschaft vermeiden, dann muß es mehr als es bis heute getan hat, für das Zustandekommen eines allgemeinen und demokratischen Friedens interessieren. Dabei kommt es auf jeden einzelnen an; mit dem Abwies an die „Führer“ und dem Vertrauen auf die noch so unzulänglichen parlamentarischen Möglichkeiten ist es nicht getan.

Brest-Litowsk.

Die weltgeschichtliche Bedeutung der Ereignisse, die seit den letzten Dezembertagen mit dem Namen dieser Stadt verknüpft sind, zwingt uns, nachzuholen, was wir in den Festwochen infolge der technischen Schwierigkeiten nicht berichten konnten. — Kurz nach Abschluß des Waffenstillstandes haben in Brest-Litowsk die Friedensverhandlungen begonnen. Am 22. Dezember gaben die russischen Vertreter die Erklärung ab, daß es der Wille der Völker Rußlands sei, möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen, gerechten, für alle in gleicher Weise annehmbaren Friedens zu erreichen. Unter Berufung auf die Beschlüsse der verschiedenen revolutionären Körperschaften Rußlands gaben die Beauftragten der russischen Regierung kund, daß sie unverzüglich die Bedingungen eines Friedens unterschreiben würden, der diesem Krieg auf der Grundlage der aufgeführten, ausnahmslos für alle Völker in gleicher Weise gerechten Bedingungen beende. Von diesen allgemeinen Gesichtspunkten ausgehend legten die russischen Vertreter folgende sechs Punkte als Grundlage für die Friedensverhandlungen vor:

1. Es wird keine gewaltsame Vereinigung von Gebieten gestattet, die während des Krieges in Besitz genommen sind. Die Truppen, die diese Gebiete besetzt halten, werden in kürzester Frist zurückgezogen.
2. Es wird in vollem Umfange die politische Selbständigkeit der Völker wiederhergestellt, die ihre Selbständigkeit in diesem Kriege verloren haben.
3. Den nationalen Gruppen, die vor dem Kriege politisch nicht selbständig waren, wird die Möglichkeit gewährleistet, die Frage der Zugehörigkeit zu dem einen oder dem anderen Staat oder ihrer staatlichen Selbständigkeit durch Referendum zu entscheiden. Dieses Referendum muß in der Weise veranstaltet werden, daß volle Unabhängigkeit bei der Stimmabgabe für die ganze Bevölkerung des betreffenden Gebietes einschließlich der Auswanderer und Flüchtlinge gewährleistet ist.
4. In bezug auf Gebiete gemischter Nationalität wird das Recht der Minderheit durch ein besonderes Gesetz geschützt, das ihr die Selbständigkeit der nationalen Kultur und — falls dies praktisch durchführbar — autonome Verwaltung gibt.
5. Keines der kriegführenden Länder ist verpflichtet, einem anderen Lande sogenannte „Kriegskosten“ zu zahlen; bereits erhobene Kontributionen sind zurück zu zahlen. Was den Ersatz der Verluste von Privatpersonen infolge des Krieges anbetrifft, so werden sie aus einem besonderen Fonds beglichen, zu dem die kriegführenden proportionell beitragen.
6. Koloniale Fragen werden unter Beachtung der 1 bis 4 dargelegten Grundsätze entschieden.

Weiter verlangten die russischen Vertreter, daß jede Art verdeckter Bekämpfung der Freiheit schwacher Nationen durch starke unzulässig sei, z. B. durch wirtschaftlichen Boykott, wirtschaftliche Vorherrschaft des einen Landes über das andere auf Grund ausgezwungener Handelsverträge, durch Sonderzollverträge, die die Freiheit des Handels dritter Länder beschränken, durch Seeblockade usw.

Am 25. Dezember antworteten die Mittelmächte auf die russischen Vorschläge. In der langen Antwort wird mehr als die Bereitschaft, einen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebiets-erwerbungen und ohne Kriegsschädigungen

ausgesprochen. Bei einigermaßen gutem Willen konnte man annehmen, daß die Mittelmächte in der Tat keine gewalttätigen Annexionen machen wollten, und daß sie zwar in bezug auf Punkt 3 der russischen Forderungen eine zwischenstaatliche Regelung der Nationalitätenfrage ablehnten, innerhalb der einzelnen Staaten das Selbstbestimmungsrecht der Völker respektieren wollten.

Die russische Delegation glaubte, daß die Antwort der Mittelmächte immerhin die Möglichkeit biete, sofort zu Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden unter allen kriegsführenden Staaten zu schreiten. Es wurde daher eine zehntägige Unterbrechung der Verhandlungen (bis zum 4. Januar) vorgeschlagen, um die Völker der Entente zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen zu veranlassen.

Wohlgemerkt: Die Aufforderung an die Entente geht nur von den Russen aus. Die Mittelmächte haben zwar die zehntägige Unterbrechung in den Kauf genommen, in der Zwischenzeit aber kam an das Tageslicht, daß Polen und die Ostseeprovinzen für die Mittelmächte als ohne weiteres von Rußland losgelöst gelten. Diese ehemals russischen Gebiete sollen nach wie vor militärisch besetzt bleiben, und unter dieser militärischen Besetzung soll dann die Entscheidung fallen. In welche Beziehungen sie zu Deutschland oder Oesterreich treten werden. Die russischen Vertreter konnten auf ein solches Verlangen nicht eingehen, sie mußten erst bei ihrer Petersburger Regierung Informationen einholen. Somit wurden auch die Spezialverhandlungen bis zum 4. Januar abgebrochen.

Allerlei Ansprüche an der Jahreswende.

Aus einer Rede Wilhelms II. vom 22. Dezember (dem Tage des Beginns der Verhandlungen von Brest-Litowsk) an die 2. Armee im Westen:

... Der Schlag im Osten hat dazu geführt, daß dort augenblicklich die Kriegsstürme schweigen, vielleicht, so Gott will, für immer. ... Was noch vor uns steht, wissen wir nicht, wie aber in diesen letzten vier Jahren Gottes Hand sichtbar regiert hat, Verrat bestraft und tapferes Ausdauern belohnt, das habt Ihr alle gesehen, und daraus können wir die feste Zuversicht schöpfen, daß auch fernerhin der Herr der Heerscharen mit uns ist. Will der Feind den Frieden nicht, dann müssen wir der Welt den Frieden bringen dadurch, daß wir mit eiserner Faust und mit blühendem Schwert die Pforten einschlagen bei denen, die den Frieden nicht wollen."

Generalleutnant Groener am 25. Dezember:
"Nur die einmütige Entschlossenheit des deutschen Volkes, mit den Waffen den Sieg im Westen zu vollenden, wird Lloyd George und Wilson das letzte Spiel verderben, das sie allbereits mischen, um uns noch am Friedenstisch übers Ohr zu hauen. Michel, was auf!"

Generalleutnant Reim, Militärgouverneur der Provinz Limburg:

"Der Schwertgeist, verbunden mit frommer deutscher Treue, ist allein imstande, uns unter dem Weihnachtsbaum die feste Zuversicht zu geben, künftige Weihnachten zu feiern in festlicher Freude nach einem diesen furchtbaren Opfern entsprechenden starken deutschen Frieden."

Generaloberst und Oberbefehlshaber von Heeringen:

"Ein voreiliger, nicht günstiger Friede würde die Entbehrungen ohne weiteres auch nicht mildern, sondern noch verschärfen. Unsere Feinde werden die Ein- und Ausfuhr Deutschlands nur dann nicht erschweren, wenn wir die Sieger sind. Die Zukunft unserer Kinder und Enkel steht auf dem Spiel."

Der „Sozialdemokrat“ Wilhelm Janson in der „Globe“:

"Und nun stelle man sich vor, eine kriegsführende Regierung wolle ein detailliertes Friedensprogramm vorlegen, etwa keine Annexionen, keine Kontributionen, Selbstbestimmungsrecht der Völker. Nach Lage der Dinge könnte das bestenfalls Stoff zu Zeitungsartikeln und Versammlungsreden geben; praktische politische Ergebnisse wären aus dem Grunde nicht davon zu erwarten, weil einstweilen nur noch das Schwert realpolitischen Wert hat."

Das ist die eine große und ausschlaggebende Tatsache, über die wir nicht hinwegkommen: Der Krieg wird mit militärischen, nicht mit politischen Mitteln und Methoden entschieden."

Dr. Paul Lensch in der „Globe“:

... Wenn trotzdem die Bolschewiki den Bruch mit England vollzogen haben, so nur, weil sie konsequente Revolutionäre sind und weil alles, was die Revolution nicht verrät, ob es will oder nicht, in Feindschaft zum Lande der Konterrevolution, zu England, kommen muß. In diesem Kriege ist nun einmal das Dilemma: Deutschland oder England, unausweislich gestellt. Wenn es eine Möglichkeit gab, diesem Dilemma zu entgehen, so war es der Versuch der Bolschewiki, deren Parole lautete: weder Deutschland noch England, sondern die soziale Revolution. Aber gerade dadurch, daß sie dem Prinzip der Revolution treu blieben, wurden sie, die es nicht wollten, an die Seite Deutschlands getrieben, daß in diesem Kriege das Prinzip der Revolution vertritt."

Aus dem Neujahrsartikel des „Vorwärts“:
"Die Sozialdemokratie wacht gleichzeitig darüber, daß die Möglichkeit eines allgemeinen Friede-



Stärkt die Unabhängige sozialdemokratische Organisation!

Nur der Sozialismus kann die Menschheit von Not und Elend vom wirtschaftlichen und politischen Druck erlösen. Dafür muß der Einzelne kämpfen. Geführt wird der politische Kampf von politischen Organisationen. Sie zu stärken und sie zu einem einflussreichen Faktor im öffentlichen Leben zu machen, das sollte Pflicht eines jeden politischen Unterdrückten sein.

In Groß-Berlin vereinigen die Sozialdemokratischen Wahlvereine alle die Männer und Frauen, die auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundsätze stehen und für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpfen.

Erfülle jeder seine Organisationspflicht und erkläre seinen Beitritt zum sozialdemokratischen Wahlverein des Reichstagswahlkreises.

An die Bezieher des Mitteilungsblatt!

Die Bezieher des Mitteilungsblatt werden dringend ersucht, alle Bestellungen und Geldsendungen, die für das Mitteilungsblatt bestimmt sind, nur an die persönliche Adresse des Kassierers

Rich. Herbst, Berlin O 27, Schicklerstr. 5, zu richten. Alle anderen Adressierungen wie „An den Verband“, „An das Mitteilungsblatt“ oder an „Adolf Hoffmann“ haben mit großen Schwierigkeiten und Verzögerungen zu rechnen.



den offen gehalten wird. ... Aber wenn Deutschland ebenso unerschütterlich in seiner militärischen Verteidigung wie in der unablässigen Befundung seines ehrlichen Friedenswillens bleibt, besteht begründete Hoffnung, daß dieser Zeitpunkt (die Niederlage der kriegsbegehrlichen Regierungen in England und Frankreich) noch im Laufe des Jahres eintreten wird."

Also gedulde dich fein, lieber Michel, die Herren Ebert und Scheidemann werden dir im Verein mit den Janson und Lensch den allgemeinen Frieden auf dem Präsentierteller bringen.

Wachenschan.

Bis zum 31. Dezember.

Kriegsereignisse: An der Westfront fanden gleichsam als winterlicher Zwischenakt zahlreiche Stellungskämpfe statt, die auch am christlichen „Friedensfest“ nicht aussetzten. — An der Südfront kam es zu größeren Kampfhandlungen in der Gegend von Mfago, während in der venezianischen Ebene der

Stellungskrieg das Kulturland in eine Wüste von Granatrichtern zu verwandeln beginnt. An den letzten Tagen des Jahres haben hier die Oesterreicher mit französischen Truppen schwerere Kämpfe zu bestehen gehabt. — Der Oberbefehlshaber an der Salonikifront, General Sarrail, ist abberufen und durch den General Guillaumat ersetzt worden. — Der deutsche Admiralstab meldete als November-Ergebnis des U-Bootkrieges die Versenkung von 807 000 Tonnen; seit Beginn des verschärften U-Bootkrieges somit 8 256 000 Tonnen. — In Palästina fanden auch in der Weihnachtszeit an den „heiligen Stätten“ heftige Kämpfe statt.

Ausland: Ehe in England das Unterhaus in die Weihnachtsferien ging, hat Lloyd George noch eine energische Kriegssrede gehalten. Er stellte eine Verstärkung des Feldheeres in Aussicht und will mit den Gewerkschaftsführern verhandeln, um die Arbeiter zu noch größeren Kriegseinstellungen heranzustehen. Am 18. Dezember hatte die Regierung einen starken Vorstoß der friedlichen Imperialisten im Unterhaus abzuwehren. — Eine Sonderkonferenz von Gewerkschaftlern und Arbeiterparteilern hat einer Denkschrift zugestimmt, in der zwar von einer „sicheren Schlichtung“ gesprochen wird, die aber noch keinen energischen Vorstoß in Richtung eines allgemeinen, demokratischen Friedens bedeutet. Vor allem protestierte die Konferenz dagegen, daß die Russen einen Sonderfrieden abschließen.

In Frankreich ist die Affäre Cailaux dadurch zu einem vorläufigen Abschluß gelangt, daß Cailaux selbst in einer wirksamen Rede die Aufhebung seiner Immunität verlangt hat. Jetzt wird Clemenceau versuchen, ihn mit den Mitteln der Justiz zur Strecke zu bringen.

In Italien haben äußerst stürmische Kammerverhandlungen stattgefunden, in deren Verlauf sich auch der als friedensfreundlich geltende Exminister Giolitti gegen einen Sonderfrieden wandte und zur Eintracht mahnte. Da der Feind im Lande steht, dürfe man keine unredlichen Handlungen gegen die Verbündeten begehen. Trotzdem brachte der Sozialist Morgari einen Friedensantrag ein und entfesselte furchtbare Stürme gegen sich. Wie hoch die Wellen der politischen Erregung in Italien gehen, beweist eine Mitteilung des „Avanti“, aus der hervorgeht, daß dessen Gebäude von kriegswütigen Nationalisten gestürmt worden ist. Der „Avanti“ kündigte Selbsthilfe an, falls die Behörden nicht für den nötigen Schutz sorgten.

Der französische Gewerkschaftsbund hat eine sehr entschiedene Entschliebung für einen allgemeinen Frieden und gegen die Geheimdiplomatie angenommen.

In Dänemark und Norwegen haben in den Weihnachtstagen Friedensdemonstrationen stattgefunden.

In Ungarn ist der Wahlrechts-Entwurf bekannt gegeben worden, der sich als ein Kompromiß zugunsten der konservativ-agrarischen Wünsche herausstellt. Der Entwurf bringt auch etwa 250 000 bürgerlichen Frauen das Wahlrecht, sofern sie eine vierklassige Bürgerschule besucht haben.

In Australien hat eine Volksabstimmung die Verwerfung der allgemeinen Wehrpflicht ergeben, was allerdings noch nicht gleichbedeutend ist mit einer Stellungnahme des australischen Volkes gegen den Krieg.

Innere Politik: Da der Reichstag während der Verhandlungen in Brest-Litowsk in den Ferien weilte, konnte er zu der wichtigsten Frage der Gegenwart nicht Stellung nehmen. Die Verhandlungen des Hauptausschusses werden erst am 3. Januar beginnen.

In der Hauptsache erstredeten sich die innerpolitischen Erörterungen auf die Denkschrift des Neuköllner Magistrates und das Fiasko der Höchstpreis- und Rationierungsmethode des Kriegsernährungsamtes. Von den letzten Gründen des Ernährungsjammers war leider dabei nur wenig die Rede. Immerhin verdient auch hier aus der Neuköllner Denkschrift festgehalten zu werden, was der tiefere Grund ist, warum die Stadtverwaltungen wie die Groß- und Kleinbetriebe sich auf den Schleichhandel einlassen mußten: „Den allgemeinen Unruhen der Arbeiter sollte der Boden entzogen werden!“ — Herr von Waldow hat in einer Sitzung des Ernährungsbeirates sein System verteidigt und den Staatsanwalt gegen den Neuköllner Magistrat und andere Stadtver-

waltungen auf den Plan gerufen. Die regierungsozialistischen Mitglieder des Ernährungsbeirates haben einige Resolutionen eingebracht, die dem Kriegs-ernährungsamt zur „Berücksichtigung“ und zur „Erwägung“ überwiesen wurden, d. h. ein Begräbnis 2. und 3. Klasse erhielten.

Der Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Soli hat einen programmatischen Vortrag über die Zukunft Afrikas gehalten, in dem die Schaffung eines großen zentralafrikanischen deutschen Kolonialreiches verlangt wird. Der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg gab diesen Kolonialwünschen noch den rechten alldeutschen Nachdruck.

In Baden ist an Stelle des Herrn von Dösch der Minister von Bodmann Ministerpräsident geworden, dem die regierungsozialistische Presse allerlei warm empfundene Komplimente in sein neues Amt mitgab.

Im Landtag von Sachsen-Altenburg haben die sozialdemokratischen Abgeordneten den Etat abgelehnt, dessen Einzelposten sie in Wirklichkeit angenommen haben. Sie wollen die Ablehnung nur als eine Art Demonstration gegen den Geist der Regierung angesehen wissen, deren Haltung gegen die sozialdemokratische Partei noch die gleiche sei wie vor August 1914.

Am 22. Dezember wurde der „Vorwärts“ zunächst auf drei Tage verboten, konnte aber bereits am nächsten Tage wieder erscheinen.

Ein Jubilar.

Genosse Fritz Zubeil, seit 25 Jahren Vertreter des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, vollendet am 11. Januar sein siebenzigstes Lebensjahr.

Ein Menschenalter steht Genosse Zubeil in den Reihen des kämpfenden Proletariats, 1893 in dem Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg als Reichstagsabgeordneter gewählt, steigerte sich von Wahl zu Wahl die Stimmenzahl, die sich auf seine Person vereinigte, und mit Stolz kann er auf diese Stimmenzahl in dem grünen der Reichstagswahlkreise blicken. Keine Arbeit im Kreise hat ihn verdrohen, wenn es hieß, in dem äckersten Winkel des Kreises eine Versammlung abzuhalten, er, „der Alte“ war da, und so steht und stand er ständig in engem Kontakt mit seinen Wählern, und als am 24. März 1916 die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft begründet wurde, trat auch Zubeil, der Stimmung des Kreises Rechnung tragend, derselben bei.

Mit Genugtuung kann der Jubilar und können auch wir feststellen, daß der Kreis Teltow-Beeskow in seiner Mehrheit auf dem alten internationalen Standpunkt der Sozialdemokratie festgeblieben ist. Aus der Erkenntnis, daß bei einem solchen Zusammenarbeiten zwischen Gewähltem und Wählern die Idee des Sozialismus und auch die Organisation im Kreise nicht zugrunde gehen kann, bringen wir unserem Jubilar Fritz Zubeil zu seinem Jubeltage die besten Glückwünsche im Namen seiner Wähler, der Mitglieder und Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und des Kreisvorstandes dar und wünschen, daß es dem Siebenzigjährigen noch lange vergönnt sein möge, für die Interessen des kämpfenden Proletariats und der internationalen Sozialdemokratie einzutreten.

Der Kreisvorstand

des Zentralwahlvereins für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg U. S. P. D.
J. A.: Lachmann.

Aus der Bewegung.

Die „Neue Welt“, die bisher einer Reihe von Parteizeitungen als Sonntagsblatt beigelegt wurde, stellt mit Ende des Jahres 1917 ihr Erscheinen ein. Der „Vorwärts“ teilt mit, daß sie als Bestandteil des Blattes weiter erscheinen wird. Das bedeutet eine abermalige Abonnementspreiserhöhung, obwohl eine solche erst am 1. Dezember in Kraft getreten ist.

Stettin. Unter der Protektion sogenannter Gewerkschaftsführer und Regierungsozialisten finden nun auch in Stettin die bekannten „volkstümlichen Unterhaltungsabende“ statt. Natürlich begeben sich die Herren für „Volkserziehung“ in erster Linie nach den — Volkshäusern, damit sie auch das Volk wirklich für ihre Zwecke einsparen können. Der erste dieser Unterhaltungsabende fand hier am ersten Weihnachtstag im Volkshause statt.

Aber in der richtigen Erkenntnis, um was es sich eigentlich handelt, fehlte das Volk, und nur einige, außer den Veranstalter, die sich verlaufen hatten, waren erschienen. Die Arbeiterjugend, die eine Stunde später ihr eigenes Weihnachtsfest feierte, aber zu anderen Zwecken schon zeitig erschienen war, wollte man als Zuhörer gewinnen; diese hatte aber dankend abgelehnt.

Die Darbietungen haben völlig dem entsprochen, was in solchen Unterhaltungsabenden geboten wird.

Darüber ist einer von den Stettiner Umlernern sehr erboht, er macht sich in der Nummer 301 des regierungsfremden „Volksboten“ Luft, denn er schreibt: „Gegen die erste Veranstaltung des Herrn Stelter (Vortragender des Abends) müssen wir aber entschieden Verwahrung einlegen, denn dieser Herr hat sich an diese Grundzüge (tendenzlos) nicht gehalten. Schon sein einleitender Vortrag, wo viel vom „lieben Gott danken“ geredet wurde, war nicht tendenzlos. Auch die Pieder, die Herr Stelter singen ließ, wie „Stille Nacht, heilige Nacht“ und zum Schluß „Vom Himmel hoch, da komm ich her“, müssen den schärfsten Widerspruch finden. Wenn an den anderen Abenden wieder solche „tendenzlose“ Darbietungen gebracht werden, müssen wir uns entschieden dagegen verwehren. Hierfür können weder unser Volkshaus noch unsere Arbeiter in Frage kommen.“

Also diese Herren haben tendenzlose Darbietungen erwartet, und Herr Stelter hat ihnen erst zeigen müssen, daß es so etwas nicht gibt. Oder glauben die Herren Umlerner noch heute daran? Man sollte es kaum für möglich halten, daß Leute, die sich als Arbeiterführer aufspielen, noch nicht einmal die einfachen, selbstverständlichen Dinge begriffen haben. Als ob es schon jemals tendenzlose Darbietungen gegeben hätte oder geben wird. Niemand kann aus seiner Haut heraus; wenn man bürgerlichen Leuten die Erziehung der Arbeiterklasse anvertraut, dann können es niemals Sozialdemokraten werden, sondern müssen notgedrungen Ideologen der christlichen, kapitalistischen Weltanschauung werden und bleiben. Von diesen selbstverständlichen Dingen scheinen diese „Arbeiterführer“ keine Ahnung zu haben, sonst würden sie in diesen Sumpf nicht hineingeraten sein, wo sie natürlich immer weiter hineinsinken, um schließlich ihren sicheren Untergang zu finden.

Einen Pressefonds für die U. S. P. in Südwestdeutschland beschlossen unlängst die Vertreter der Wahlkreisorganisationen auf einer Konferenz, die sich mit der Pressefrage beschäftigte. Allseitig wurde die Gründung einer eigenen Tageszeitung für unbedingt notwendig anerkannt. Für den Pressefonds werden Anteilsscheine zu 20 Mk. ausgegeben. Die Gelder werden durch die Organisationen kassiert durch Ausgabe von 50-Pf.-Marken. Sämtliche Kreisorganisationen bestimmen je einen Vertreter, der an den Vorarbeiten für das zu schaffende Unternehmen teilnimmt. Die Gelder des Pressefonds werden durch eine fünfgliedrige Kommission abgeführt und von letzterer verwaltet. Die Beschlüsse der Konferenz erfolgten einmütig, ausgenommen den Passus über die Abführung der Gelder an die Häuserkommission. Dagegen wandten sich einige Vertreter der Danauer Kreisleitung, die vorerst die Gelder in den einzelnen Kreisen belassen wollten. Doch alle anderen Genossen verlangten eine einheitliche Abführung und Verwaltung der Gelder zum Pressefonds. Dementsprechend wurde beschlossen, alle Wahlkreisorganisationen, die sich nach der Konferenz mit der Bildung eines Pressefonds beschäftigten, stimmten ebenfalls übereinstimmend den Beschlüssen der Kreisvertreterkonferenz zu. Den Genossen Südwestdeutschlands erwächst die Pflicht, recht bald für ein ansehnliches Stammkapital zu sorgen, dem zu gründenden Unternehmen ein gesichertes Fundament zu verschaffen. Heute wird das gesamte Gebiet von der Mehrheitspresse „beherrscht“. Ihre Organe von Cassel, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Offenbach, Mainz, Darmstadt bis Mannheim, Freiburg, Karlsruhe und Ludwigshafen tun in gleiche Horn, seden für die Politik der Regierungsozialisten (eine feine Presseammlung der Abhängigen ist!) und kämpfen täglich mit vollem Elfer gegen die Unabhängigen an. Allerdings: die Entwicklung der U. S. P. vermögen sie nicht aufzuhalten. Im Gegenteil! Es geht unaufhaltsam vorwärts. Stet unferen Genossen erh eine eigene Tageszeitung zur Verfügung, wird der Kampf um so erfolgreicher sein.

Die Ausgabe der Klebekarten für die 50-Pf.-Marken zum Pressefonds erfolgt anfangs Januar durch die Wahlkreisorganisationen. An alle Mitglieder ergeht der dringende Appell zur Abnahme von Anteilsscheinen. Mitglieder, die mehrere Anteile einnehmen, erhalten den über einen Anteilsschein (20 Mk.) hinausgehenden Betrag verzinst. Unsere Genossen wissen, daß nur eigene Kraft zum Ziele führen kann. Und dies Ziel, „die baldige Herausgabe einer Tagespresse der U. S. P. in Südwestdeutschland“ muß und wird erreicht werden, wenn die Genossen und Genossinnen in allen Wahlkreisen bemüht sind, in gemeinsamem Wirken und mit vereinten Kräften alle Hindernisse zu überwinden. Drum Hand ans Werk!

Rechter Hand, linker Hand... Der Provinzialzeitungsbetrieb Braun und Konsorten, G. m. b. H., usw. gibt im „Vorwärts“ das Erscheinen eines thüringischen Wochenblattchens mit der reizvollen Bemerkung bekannt, das Blattchen erscheine

„für diejenigen thüringischen Kreise, in denen die Unabhängigen die in ihre Gewalt gefallenen Parteiblätter beherrschen“.

„In ihre Gewalt gefallen“ ist gut. So schreiben die parteioffiziellen Zeitungsunternehmer, von denen nachgerade jedermann weiß, wie sie schematisch von Ort zu Ort gezogen sind und ihre Eigenschaft als nominelle Gelddarleiher (von Geldern aus den Kassen der früheren Gesamtpartei) dazu mißbraucht haben, selbst solche Parteiblätter an den neuen „Besitzern“ nichts wehren wollten. Dieser der unehonstesten Kapitalistenpraxis abgelaufte und ins Regierungsozialistische übertragene Trick machte jene Leute so zu Fabrikanten der „öffentlichen Meinung“. In obiger Notiz, wenn sie ehrlich sein sollte, hätte es daher heißen müssen:

„In denen es uns nicht gelang, die Parteiblätter der Unabhängigen rechtlich oder widerrechtlich in unsere Gewalt zu bekommen und sie im regierungsozialistischen Sinne zu beherrschen“.

Ein Geständnis. „Ein solcher Versuch, eine behördliche Maßregelung als politisches Argument auszunutzen, verstoßt gegen alle Regeln journalistischer Ehrenhaftigkeit und wird bei allen anständig Gefinnten das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielen.“

Also zu lesen im „Vorwärts“ vom 24. Dezember 1917. Es handelte sich um Abwehr einer Notiz der „Kreuzzeitung“, die das längste Verbot des „Vorwärts“ für einen Angriff gegen diesen auspielt.

Man wird bei dieser Abwehr unwillkürlich an die Vorgänge vom Oktober 1916 erinnert, wo die Personen, von denen die jetzige Redaktion des „Vorwärts“ angestellt ist, eine behördliche Maßregelung als politisches Argument für ihre Zwecke ausnutzten. So abstoßend das Vorgehen der „Kreuzzeitung“ ist, so ist es doch harmlos im Verhältnis zu der Handlungsweise, zu deren Mitschuldigen sich die neuen Redakteure machten, die sich dazu hergaben, ohne weiteres die Stellen der Gemahregelten einzunehmen. Das verstoßt gegen noch etwas mehr als „gegen alle Regeln journalistischen Anstandes“.

Immerhin mag der obige Satz als ein Geständnis denen auf der Stirn brennen, die damals von einer behördlichen Maßregelung den ihnen erwünschten Gebrauch machten!

Eine neue Ortsgruppe. In Pirmasens (Pfalz) wurde die Gründung einer Ortsgruppe der U. S. P. vollzogen. Eine ansehnliche Zahl von Genossen und Genossinnen traten sofort der Organisation bei. Es waren durchweg langjährige Parteimitglieder, die bisher eine abwartende Stellung eingenommen, nunmehr jedoch anerkennen mußten, daß es unbillig sei, die Regierungsozialisten, deren Politik man längst entschieden bekämpfte, noch weiter finanziell zu unterstützen. Unsere Bewegung ver spricht in Pirmasens eine gesunde Fortentwicklung.

Ein neues „unabhängiges“ Organ. Die unabhängige Presse hat sich über Weihnachten vermehrt. Wir lesen in der Abonnementseinladung eines bisher regierungsozialistischen Blattes:

„In einer solchen von Aufregung und Spannung reichen Zeit bedarf es einer freien unabhängigen Presse. Als Vertreter kommt der „Volksfreund“ in Betracht. Werbt Abonnenten als neue Sturmtruppen für die großen Kämpfe, die nach dem Kriege zwischen der kapitalistischen Klasse und der Klasse der schaffenden Arbeit geführt werden müssen.“

Es wird unseren Lesern schwer fallen, zu erraten, welches Blatt sich mit dieser Lodung an das arbeitende Volk unter die „unabhängige Presse“ rubriziert. Es ist ein Organ des opportunistischen Sozialismus, das bisher auf dem äußersten rechten Flügel kämpfte und dessen Chefredakteur seit vielen Jahren den proletarischen Klassenkampf als eine überwundene Taktik erklärt hatte, um gemeinsam mit den parlamentarischen Vertretern der kapitalistischen Klasse die Ziele des Sozialismus zu verwirklichen. Des Rätsels Lösung heißt: Karlsruher Volksfreund. Woher nun diese Wendung? Vielleicht ist der mangelhafte Zugang der verminderten Abonnentenzahl während der Durchhalterperiode des „Volksfreunds“ die Ursache, daß die Abenteuere der radikalen Klassenkampf-Melodie in Arbeiterkreisen erschallen sollen. Man wird dem Bekenntnis der unabhängigen Presse wohl so am ersten gerecht werden: der Karlsruher „Volksfreund“ hat seit einem Jahrzehnt für die Unabhängigkeit von den sozialdemokratischen Programmforderungen des proletarischen Klassenkampfes und für die Beseitigung aller Parteitagbeschlüsse, die solcher Unabhängigkeit im Wege stehen, zur größten Ehre der badischen Großpolitik sich ins Zeug gelegt. Die Arbeiter haben sich deshalb nach einer von der Umlernerei unabhängigen Presse umgesehen und vielfach dem „Volksfreund“ den Laufpaß gegeben. Daher nun das radikale Versprechen, das natürlich nicht gehalten wird.

In der „Fränkischen Tagespost“ ist die Redaktion mit dem Redaktionsmitglied Karl Bröger in die Quare geraten wegen Abdruck eines Gedichtes in der bürgerlichen Presse Nürnbergs. Die Redaktion veröffentlicht eine Erklärung folgenden Inhalts:

Erklärung.

Die Redaktion der „Fränkischen Tagespost“ hat mit lebhaftem Bedauern die einmalige Mitarbeit ihres Mitgliedes Karl Bröger an der „Nürnberger Zeitung“ (Nr. 355 vom 24./25. Dezember 1917) feststellen müssen. Diese Mitarbeit an einem anderen im Orte erscheinenden Blatte widerspricht, ganz abgesehen von der parteigenösslichen Beurteilung, so sehr der journalistischen Übung, daß wir unser Bedauern über den Schritt unseres Kollegen ausdrücken müssen.

Die Redaktion der „Fränkischen Tagespost“:
Dr. Braun, Gärtner, Geisler, Segitz.

Worauf Bröger antwortet:

Zu der Erklärung meiner Redaktionskollegen bemerke ich: Die Mitarbeit an der „Nürnberger Ztg.“ besteht im Abdruck eines Gedichtes aus meinem neuen Versband „Soldaten der Erde“. Ich habe diesen Abdruck erlaubt, wie das für einen Schriftsteller selbstverständlich ist. Meine Auffassung des Falles ist der Redaktion bekannt und wird auch bei den zuständigen Parteistellen vertreten werden.

Ich bedauere, daß sich das Lebensrecht des Schriftstellers gegen den Redakteur kehrt. Karl Bröger.

Abn. Aus Abn wird uns geschrieben: Am Samstagabend nahm eine Mitgliederversammlung des Unabhängigen Sozialdemokratischen Vereins Stellung zu den letzten Ereignissen. Zunächst wurde an Stelle des verhassten Vorstandes ein neuer gewählt. Erfolgreicherweise erklärten sich gleich drei Genossen bereit, die Posten zu übernehmen. Auch sonst waren alle Ge-

nossen darin einig, daß es nun erst recht gelte, zu arbeiten und zu werden. Die Familien der verhafteten Freunde sollen, soweit es irgend geht, unterstützt werden. Für die Solidarität der Kölner Genossen zeugt schon die Tatsache, daß die zirkulierenden Listen bereits erhebliche Beiträge eingingen. Ueber die Ursache der Verhaftungen war bisher noch nichts Bestimmtes zu erfahren, obwohl die Genossen nun schon zwei Wochen festgenommen sind. Selbstverständlich kann es sich nur um irgendwelche politischen Vergehen handeln. Ein Kölner Anwalt hat in unserem Auftrage den Rechtschub der Verhafteten übernommen. Der Vorsitzende stellte fest, daß von uns niemand an die „Abhängigen“ herantreten sei, in der Sache etwas zu tun. Aus sich heraus seien einige der Herren zum Polizeipräsidenten und zum Gouvernemen gegangen. Die Gründe dafür seien ja nur zu durchsichtig. Man habe Angst, die Tatsache der Verhaftungen könne die Kölner Arbeiter zum Denken bringen. Zuerst habe man unsere Genossen als „parteigefährlich“ aus der alten Partei ausgeschlossen, jetzt gebe man hin, schildere sie als harmlos und gebe sich als Schutzengel aus. Auf solche Hilfe verzichten wir, ganz ohne Zweifel auch die verhafteten Genossen und Genossinnen.

Ein Angebot der Kölner Regierungssozialisten, mit ihnen gemeinsam eine Wahlrechtsversammlung zu veranstalten, wurde daraufhin einstimmig abgelehnt. Gegen eine Partei, die in so trauriger Weise die Arbeit verraten habe, gebe es nur den entschiedenen Kampf. Drei Jahre lang habe man uns als Mineure, Querulanten und Quertreiber hingestellt, und jetzt, wo man sehe, wohin die Stimmung der Massen zeige, wolle man mit uns zusammengehen. In der Antwort, die an die „Abhängigen“ beschlossen wurde, wird ihnen deutlich unsere Meinung gesagt. Wir würden längst das gleiche Wahlrecht und noch ganz andere Rechte haben, wenn die alte Partei nicht so kläglich unsere Grundsätze und unsere Taktik über Bord geworfen hätte. Sie sollten mit ihren befreundeten Blockparteien, mit denen man ja sonst alles „erreiche“, mit dem Zentrum und den Liberalen gemeinsam für das Wahlrecht „kämpfen“. Das habe man ja bisher vorgezogen, und den Arbeitermassen vorgetauscht, als könne man auf diesem für die Führer so bequemen Wege Eroberungen machen. Drei Jahre lang habe man die Arbeiter mit der illusionären Blockpolitik und der Taktik des Burgfriedens beruhigt, und jetzt appelliere man auf einmal ans Volk. Mit einer solchen Partei gebe es kein gemeinsames Handeln. So besetzte auch diese Versammlung froher Kampfesgeist.

Aus Baden. Die regierungssozialistische Sache soll im badischen Oberland besseren Schwung bekommen. Der Erfolg der Schöpflinschen Wanderpredigten entsprach nicht den Erwartungen. Ueber das Weihnachtstreffen wurde der Stadtrat Engler von Freiburg in den 2. Kreis beordert, um dort Propaganda zu machen in öffentlichen Versammlungen, worin für die Friedenspolitik der Reichstagsmehrheit Resolutionen eingebracht wurden. Aus der Freiburger „Volkswacht“ erfährt man gar nichts darüber, ob die Englersche Weihnachtstour — wie das Blatt neulich sich ausdrückte — einer Spritztour wert gewesen ist. Dagegen unterrichtet uns dasselbe Revisionsblatt darüber, daß von Freiburger Zentrumsseite es dem Stadtrat Engler sehr verübelt wurde, weil er jetzt eine sozialistische Agitationsreise auf den Schwarzwald machte. Der eifrige Stadtrat ist nämlich der Leiter der städtischen Milchversorgung. Nun verweigerte diese Nährmutter über die Festzeit, so daß vor Weihnachten sehr viele Leute gar keine Magermilch und am Weihnachtstag nur verdorbene Milch bekamen. Diesen Verdruß im Volke über die Milchnot benutzte der ultramontane „Freiburger Boie“, um die öffentliche Anfrage zu richten, ob diese Mißstände in der Milchversorgung mit der agitatorischen Schwarzwaldreise Englers in einem ursächlichen Zusammenhang stehen. Die revisionistische „Volkswacht“ verurteilt diese Stichelei als eine burgfriedensfeindliche Schleichheit peribulcher Kampfesweise des Kollegen vom Zentrumsblatte, der von solcher Methode nicht lassen könne.

Soweit wäre vielleicht die Abwehr berechtigt, wenn nur die regierungssozialistische Presse Badens nicht gerade ein klassisches Vorbild der persönlichen Beschimpfung und Verdächtigung unläuterer Art bieten würde. Das „Volkswacht“ und „Volkstimme“ auf diesem Gebiete seit einem halben Jahre leisten, daran reicht kein bürgerliches Blatt Badens heran.

In Konstanz wurde der Versuch gemacht, dortige Gewinnungsgegnen zum Anschluß an die U. S. D. zu bewegen. Ein dortiger Arbeiter ist deshalb in der reformsozialistischen Freiburger „Volkswacht“ in einer Weise durch Herunterreißen lächerlich gemacht worden, wie man es früher vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie gewöhnt war. Daß der Inhalt eines Briefes an Herrn Großhans abgedruckt wurde, um an den Schreibfehlern eines Proletariats seine mangelhafte Schulbildung an den Pranger zu stellen, steht auf derselben Höhe der Kampfweise, wie jene Gemeinheit der bürgerlichen Presse, die einmal einen sozialdemokratischen Redakteur wegen seiner K-Beine verpöthete. Möge der Arbeiter sich an Intelligenz nicht mit dem Reichstagskandidaten Großhans messen können und für die Vertretung unserer Sache die geeignetste Persönlichkeit nicht sein, das Behmen gegen ihn ist doch kein Beweis dafür, daß die Umlerner-Gesellschaft in Konstanz ihrer Sache gegenwärtig so sicher ist. Man wird also für andere Aufklärung zu sorgen haben!

Offenburg (7. badischer Kreis). Mit einer prächtigen Sonnenwendfeier schloß unsere in stetigem Wachstum begriffene Organisation das alte Jahr ab. Im neuen beginnt die Vereinstätigkeit durch eine Mitgliederversammlung, die am Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 3/4 Uhr, im Schwarzwald

Hof stattfindet. Abgeordneter Geck berichtet über den Badischen Landtag. Die Friedensfrage wird besprochen, die Freisangelegenheit und allgemeine Vereinsachen erörtert. Man darf wieder regen Besuch auswärtiger Mitglieder erwarten. Nun wird der Anschluß der Genossen der meisten Orte des Kreises bald vollzogen sein.

Aus der Zeit.

Trinkfrohe Abgeordnete. Sieben Reichstagsabgeordnete waren an die Dürfont gereist. Wie die „Tageszeitung für Brauerei“ am 8. November mitteilt, hielten sie sich auch einige Stunden in Jüterburg auf, und wurden von dem Bürgerlichen Braubaus A. G. vormalig J. A. Frisch für die Weiterreise mit einem guten Tropfen versorgt. Sie vergalteten dieses Liebeswerk mit folgendem „Gedicht“, das sie von Wilna aus an die Brauerei in Jüterburg sandten:

In einer Zeit, da guter Trank ward selten
Im Kampfe zweier Waffenwelten,
Genossen sieben Reichstagsmänner
Die dunklen und die hellen kennen.
Aus Wilna nun vom Frühstücksstisch
Begrüßen sie das Braubaus Frisch.

Mit bestem Danke!

R. Raumann, v. Böhlendorf-Kölpin, Ebert, Otto
Wels, Ph. Scheidemann, Holtzke,
Dr. Jund.

Beim Herunterwürgen dieser neudeutschen Parla-
mentsposie fiel uns folgendes Gedicht von Heinrich
Heine ein:

Die reichen Leute, die gewinnt
man nur durch platte Schmeicheln. —
Das Geld ist platt, mein liebes Kind
und will auch platt geschmeichelt sein.

Das Wehrhaushalt, das schwinde led
vor jedem göttlich gold'nen Kalb;
bei' an im Staub, bei' an im Dreck,
vor allem aber lob' nicht halb.

Das Brot ist teuer dieses Jahr,
jedoch die schönsten Worte hat
man noch umsonst. Festunge gar
Macenas Fund und istig sich satt.

Arbeiter-Bildungsschule.

Der erste Sonntagsvortrag im 1. Viertel-
jahr 1918 findet am Sonntag, den 13. Januar,
abends 8 Uhr, statt. Genosse Frisch Kunnert wird
an diesem Abend einen vier Vorträge umfassenden
Vortragszyklus über das Thema: „Die Technik des
Sprechens in Theorie und Praxis“ halten. Es handelt
sich dabei um die Methode des Born-Sprechens.

Nach diesen Vorträgen wird Genossin Käte
Dunker einen Vortrags-Zyklus über Erzieh-
ungsfragen halten, dem sich dann an den Sonntagen
im April musikalische Vorträge des Genossen
Leo Keßtenberg anschließen werden.

Das Eintrittsgeld für die Sonntagsvorträge be-
trägt 20 Pf.

Die Wochenkurse beginnen mit Montag,
den 14. Januar. Dieser Montagskursus wird das
Thema: Die proletarische Internationale während des Weltkrieges behandeln.
Sollte Genosse Emil Eichhorn bis zu diesem Tage
noch nicht wieder hergestellt sein, wird der Beginn
dieses Kursus noch bekannt gegeben.

Dienstag, den 15. Januar, beginnt der
Kursus des Genossen Eduard Bernstein über
Völkerrecht.

Mittwoch, den 16. Januar, nimmt der
Kursus für Jugendliche seinen Anfang, in dem
Genossin Wurm das Thema: „Vom utopischen
Sozialismus bis zum Kriegsozialismus“ behandeln
wird.

Donnerstag, den 17. Januar, beginnt
der Kursus des Genossen Ernst Däumig, in dem
die ökonomische und soziale Entwicklung
Rußlands weiter behandelt werden wird.

Das Hörgeld für den Kursus beträgt 1 Mk. Die
Mitglieder der Vereinigung Arbeiterjugend zahlen für
die Teilnahme am Kursus für Jugendliche 50 Pf.

Aus den Organisationen.

Berlin-Schöneberg: Mittwoch, den 9. Januar 1918,
abends 1/8 Uhr, im Lokale von Gaedel, Vorberg-
straße 11, findet die Generalversammlung des Unab-
hängigen Sozialdemokratischen Wahlvereins statt.
Tagesordnung: 1. Rassen- und Geschäftsbericht; 2. Er-

wahlwahlen zum Vorstand; 3. Verschiedenes. — Es
ist dringende Pflicht aller Mitglieder, in dieser Ver-
sammlung zu erscheinen. Die Zahlabende fallen aus.

Der Vorstand.

Treptow-Baumischulenweg. Der Zahlabend findet
am Mittwoch, den 9. Januar für jeden Ortsteil ge-
meinsam statt. Für Treptow im Restaurant Hauser,
Grätzstraße 68; für Baumischulenweg im Restaurant
Krause, Riefholstraße 249. — Zahlreiches Erscheinen
notwendig.

Der Vorstand.

Stralau. Der gemeinsame Zahlabend findet am
9. Januar 1918, abends 8 1/2 Uhr, bei Steinicke, Alt-
Stralau 6, statt und erwartet zahlreichen Besuch.

Die Bezirksleitung.

Weißensee. Am 9. d. M., abends 8 Uhr, findet im
Lokal von Otto Masche, Berliner Allee 251, unsere Mit-
glieder-Versammlung statt. In Anbetracht der kommenden
Reichstagswahl ist das Erscheinen aller Mitglieder geboten.
Gleichzeitig hierdurch zur Kenntnis, daß unsere Bibliothek,
untergebracht in oben genanntem Lokale jeden Sonnabend
in der Zeit von 7-9 Uhr abends für jedes Mitglied gegen
Vorzeigung des Mitgliedsbuches zur kostenlosen Verfügung
steht.

Die Bezirksleitung.

Spandau. Am Mittwoch, den 9. Januar, abends
8 1/2 Uhr, gemeinsamer Zahlabend bei Berg, Kurstr. 12.

Der Vorstand.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 6. Januar, vorm. 9 Uhr, Bappel-Allee 15/17;
Neukölln, Idealwassergasse, Reichsstr. 8; Oberschöneweide,
Wilhelmendamm 48 bei O. Pamp; „Freireligiöse Ver-
sammlung.“ — Vorm. 10 1/2 Uhr, Al. Frankfurterstr. 6; Vortrag
von Herrn Dr. Bruno Wille: Einigung der Bekennnisse
(alte und neue Versuche). — Gäste willkommen.

Quittung.

Für den Pressefonds: Unverzagt 100 Mk. J. G. J.
1,70 ... von den Mitgliedern der Flug-
zeugwerke der D. S. G., Hennigsdorf 6 Mk. D. R. durch
Schilling 2 Mk.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegs- schauplatz gefallenen Genossen!

5. Wahlkreis.

Im Lazarett verstorben ist unser Mitglied, Genosse

Leopold Frisch

Danzigerstr. 63.

Er stand seit Kriegsbeginn im Felde.

Wahlverein Johannisthal.

Am 4. Oktober fiel durch das furchtbare Völfer-
ringen unser alter Parteigenosse, der Berggolber

Leonhard Ael.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

4. Wahlkreis.

Am 11. Dezember verstarb unsere Genossin

Minna Muff

Landsberger Allee 128, Bezirk 899.

Am 24. Dezember verstarb unser Genosse

Rolf Chieme

Frankfurter Allee 82, Bezirk 264.

Am 25. Dezember verstarb unser langjähriger
Genosse, der Tischler

Emil Wille

Bollenergerstr. 10, Bez. 424.

6. Wahlkreis.

Am Donnerstag, den 27. Dezember, verstarb
unser Mitglied, der Buchhändler

Max Krenzin

Oidenburgerstr. 10, 13. Abt., Bez. 718.

Wahlverein Berlin-Mariendorf.

Am Sonntag, den 28. Dezember, verstarb plötzlich
unser langjähriger Parteigenosse, der Dekorateur

Hermann Beck

Chausseestr. 283.

Durch lange Krankheit und Aufenthalt in der
Heilstätte konnte derselbe nicht mehr an unseren
Veranstaltungen teilnehmen. Der Vorstand.

Ehre ihrem Andenken!

Freie Volksbühne.

Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses:

General-Versammlung

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht über den Stand des Verbandes der Freien Volksbühnen. Referent:
Herr Direktor Georg Springer. 2. Antrag des Vorstandes auf Statutenänderung. 3. Verschiedenes.
Zutritt haben nur Mitglieder gegen Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte.

Der Vorstand. J. Vertr.: G. Dinkler.

Die Konsumgenossenschaften und die Arbeiter.

Vor zwanzig Jahren war die damals noch kleinere Konsumgenossenschaftsbewegung voll Illusionen. Ihre führenden Köpfe glaubten, die Genossenschaften seien berufen, das Erbe der Sozialdemokratie zu übernehmen und an Stelle der jetzigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine neue genossenschaftliche Gesellschaftsordnung aufzubauen. Nicht der politische Kampf, „das revolutionäre Phrasendreschen“, sei das Richtige, sondern der Neubau der Gesellschaft werde aus der Konsumkraft des Volkes hergerichtet werden. Es ist klar, daß dieser Rückfall in die Anschauungen, wie sie vor fünfzig Jahren zu Zeiten des Herrn Schulze-Delitzsch von der Fortschrittlichen Volkspartei den Arbeitern gepredigt worden sind, von dem verstorbenen Bebel usw. entschieden bekämpft werden mußten. Im Jahre 1899, als die Blütenräume der Genossenschaftstheoretiker in ihrer schönsten Pracht standen, erklärte der sozialdemokratische Parteitag, der Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften neutral gegenüberzustehen, ihnen aber „keine entscheidende Bedeutung für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei beizumessen“. Bebel meinte, ein gut geleiteter Konsumverein sei wohl imstande, den Arbeitern wirtschaftliche Vorteile zu bringen: „Wie aber auf dem Wege der Genossenschaft die Krupp, die Stumm, die Laurahütte usw., der große Grundbesitz, die großen Banken usw. in den Besitz der Gesellschaft kommen sollen, das weiß ich nicht“.

Die Konsumgenossenschaften sind in der Zwischenzeit sowohl in ihrer Mitgliederzahl als auch hinsichtlich ihres Umfanges bedeutend stärker geworden. Gleichwohl bilden sie nur einen sehr bescheidenen Faktor im Wirtschaftsleben Deutschlands. Sie haben manchen wohlthätigen Einfluß im Detailhandel gehabt, aber alles war im Verhältnis zur kapitalistischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte doch lächerlich geringfügig. Mit dem Erstarken der Konsumvereine haben sich diese selbst gewandelt. Wo ist der idealistische Schwung von ehemals, wo sind die Welterlöserideen? Sie sind nicht mehr da, an ihrer Stelle finden wir jetzt den Erwerbssinn. Damit steht auch in Verbindung, daß sich das Personal der Genossenschaften (insbesondere kommen hier die Fabriken der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Betracht) nicht recht wohl fühlt. Das Unbehagliche für die Genossenschaftsarbeiter kommt daher, daß sie sich nach der ganzen Entwicklung der Dinge nicht mehr als Mitarbeiter an einer großen Sache, sondern als Arbeiter, wie in jedem kapitalistischen Betriebe fühlen müssen.

Der Krieg war ein Prüfstein für die Genossenschaften; wie haben sie sich bewährt? Die einzelnen Konsumvereine haben gewiß alles getan, was sie tun konnten, um ihre Mitglieder mit Waren zu versorgen. Daran zweifeln wir nicht. Aber darin erschöpfen sich die Anforderungen nicht, die wir an die Genossenschaften stellen. Wir verlangen von ihnen mehr, als von einem Krämer. Einzelne Genossenschaften (zu denen die Konsumgenossenschaft Berlin nicht gehört) haben große Kriegsgewinne gemacht. Der Konsumverein „Produktion“ in Hamburg hat in einem Jahre zwei Millionen Mark Kriegsgewinn an der Verfertigung von Fleischwaren eingestekt und davon eine Million Mark zur Errichtung eines Kindererholungsheims bereitgestellt. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine verdiente an verschiedenen von ihr hergestellten Waren ebenfalls Kriegsgewinne. Wenn wir nun fragen, ob es Aufgabe der Genossenschaften war, in aller Stille diese Kriegsgewinne einzusammeln, so werden uns die Genossenschaftsleiter antworten: Ja, sollen wir es denn nicht tun, wenn alle Kapitalisten es doch machen?

Nein, es wäre Pflicht der Genossenschaftsführer gewesen, sich in diesem Falle nicht von krämerhaftem Erwerbssinn, sondern von höheren Gesichtspunkten leiten zu lassen. Sie hätten die Kriegsgewinne, die an Lebensmitteln und sonstigen für die Bevölkerung notwendigen Bedarfsartikeln gemacht wurden, bekämpfen und eine großartige Agitation dagegen entfalten sollen. Das hätte im Interesse der Konsumenten gelegen! Statt dessen haben sie dieser Auswucherung des Volkes zugesehen und sich dafür mit einigen Millionen zugunsten der Genossenschaftskassen abfinden lassen.

Der Magistrat zu Neukölln hat kürzlich eine Denkschrift über den warenvertreuenden Schleißhandel herausgegeben — die vielfach, sogar von der kleinen Amtsblattpresse, als eine Offenbarung oder als befreiende Tat bezeichnet worden ist. Warum mußte denn der Magistrat zu Neukölln diese Tat tun? Waren denn den Genossenschaften, insbesondere dem Zentralverband deutscher Konsumvereine, alle diese Dinge unbekannt? Im Kriegsernährungsamt sitzt als Unterstaatssekretär Dr. August Müller, bisher ein hervorragender Führer der Genossenschaftsbewegung. Wurde

auch er von nichts? Oder dachte er nur: „Heiß' mich nicht reden, heiß' mich schweigen. Denn mein Geheimnis ist mir Pflicht.“ Er hätte aber nicht schweigen, sondern laut reden sollen — und wenn es ihm sehr Amt gekostet hätte.

Die Befreiung der Arbeiterklasse ist ein Kampf politischer Natur; sie kann nicht durch Konsumgenossenschaften erfolgen. Ja, es hat sogar des politischen Kampfes bedurft, um die Konsumgenossenschaften existenzfähig zu machen. Man erinnere sich nur der Versuche, die Genossenschaften zwecks Errettung des Mittelstandes durch hohe Steuern zu erdrücken. Noch heute wird der Wirkungskreis der Genossenschaften durch das Warenhaussteuergesetz eingeschränkt. Infolge des Krieges ist von Cunow, Hue, Schippel und Janson ein Buch herausgegeben worden, in welchem sie für die Einführung von Staatsmonopolen Stimmung machen. Cunow fragt, welche „Industrie- oder Handelszweige eignen sich am besten zur Umwandlung in Reichsbetriebe?“ Das heißt, auch auf regierungssozialistischer Seite glaubt man nicht mehr an die konsumgenossenschaftlichen Welterlöserideen.

Sind also der Genossenschaftsbewegung bescheidenere Grenzen gesteckt, als sich ihre Führer einst erträumten, so muß doch von ihr gefordert werden, daß sie mehr als bisher von dem Geiste der klassenbewußten Arbeiterschaft erfüllt werde.

Groß-Berliner Chronik.

Erbsen, Pökelfleisch und eine gemütsliche Rede hat ein Stifter namens Hoffmann für Arme festgesetzt. Aus den Zinsen eines Kapitals von 5000 Mark sollen alljährlich am 4. November 20 bis 30 Arme der Gesehmanne Parodie ein Festessen erhalten, bestehend aus Erbsen, Pökelfleisch und Sauerkohl und zwar gut und reichlich. Jeder Teilnehmer soll bis drei Glas gutes Bier oder Limonade oder eine halbe Flasche leichtes Roséwein dazu trinken können. Das ganze muß einen feierlichen Anstrich haben, mit Blumen und kleinen Präsenten für Frauen und Männer versehen sein. Außerdem soll ein liberaler Geistlicher oder der Dezerent der Sitzung oder ein anderer angesehener Mann für 20 Mark eine gemütsliche Eröffnungsrede halten, er kann auch an der Veranstaltung teilnehmen und eine Schlussrede halten. Auch ein Klavierspieler soll für 20 Mark spielen und an der Tafel teilnehmen. Diese Stiftung hat der Mann gemacht, weil an seinem Hochzeitstage er so arm war, daß er Gäste nicht einladen konnte. Das soll nun durch Testament dauernd geschehen. Die mit Erbsen, Pökelfleisch, Sauerkohl und gemütslicher Rede Beglückten werden ihren Wohlthäter hochleben lassen. Vorläufig wird es mit dem Inkrafttreten der Stiftung keine guten Wege haben, denn Erbsen, Pökelfleisch und Sauerkohl sind noch recht rare Artikel. Nur gemütsliche Reden gibt es noch ohne Karte; aber davon wird niemand satt.

Die Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Berlins und Umgegend ist am 20. Dezember nicht zu Ende gekommen und soll fortgesetzt werden. Bezeichnend dafür, was manche Leute den Mitgliedern glauben bieten zu können, waren Darlegungen, die der Geschäftsführer Schulze in den Versammlungen machte auf Grund von Ausführungen eines Mitgliedes gegen die Verwaltung. Unter anderem sollten Seemuscheln im Werte von circa 40000 Mark verdorben und als Dung aufs Feld gefahren worden sein. Kohl sei in erheblichen Mengen erfroren, ferner sollen Waren verbraucht worden sein, die nicht den üblichen Weg durch die Verkaufsstelle gegangen sind usw. In der Versammlung sagte Schulze u. a. aus: „Das Muschelfleisch sei einzelnen Gemeinden, die zuviel von diesem Artikel gehabt hätten, abgenommen worden und sei dann leider, auch nicht von der A. G. verkauft worden; Dinge, die wohl vorkommen können.“ Bezüglich der Waren, die nicht den üblichen Weg durch die Verkaufsstellen gegangen seien, als Eier, Butter, Bjarren usw., erlaubte sich Herr Schulze folgenden Witz: „Der Zentrallagerhalter, der Witwer sei und deshalb seine Mahlgeliten im Zentrallager einnehmen müßte, habe sich vernünftigerweise auch Hühner angekauft (im Zentrallager!) und diese Hühner hätten die Angewohnheit, auch Eier zu legen. Solche hätte sich der Zentrallagerhalter selbstverständlich in Butter braten lassen. Mit den Bjarren sei das so, daß die Genossenschaft ja öfter hohen Besuch bekäme und diesem müßte von den in eigener Produktion hergestellten Bjarren doch auch Kostproben verabreicht werden. Dieben dann derartige Kostproben übrig, dann würden sie im Kontor weiter verschickt.“ An sich ließe sich gegen diese Art der Geschäftsführung ja manches sagen, aber der zionische Ton, in dem Herr Schulze diese Dinge vortrug, klug wie eine Verhöhnung der Mitglieder, die den guten Mann hoffentlich nicht im Unklaren lassen werden über ihre Ansicht, sonst wird es wahr, daß jeder Verein den Vorstand hat, den er verdient.

Der Hausbesitzer als Einbrecher. Großes Aufsehen erregt in Potsdam die Entlarvung des Hauseigentümers und Pächters des Strandlokals Schweizer Haus in Redlig, Engelbert Michels, der bei einem Einbruchversuch auf frischer Tat ertappt wurde. Michels führte ein Doppelleben. Bei Tage war er der vermögende Hausbesitzer und Hotelier, der bei seinen Mitbürgern die größte Achtung genoß, in der Nacht ging er auf Einbrüche aus. Als er gerade dabei war, mit einem Gehilfen aus einem Schlächterladen in der Spandauer Straße Waren fortzuschleppen, wurden er und sein Begleiter von zwei Schülern festgenommen. Kurz vorher hatte er ebenfalls in der

Spandauer Straße einen Einbruch verübt, wobei ihm Wertgegenstände und Kostbarkeiten zugefallen sind, die er noch bei sich trug. In einer Villa hatte er Silberzeug im Werte von 4000 Mark gestohlen und auch die Garderobe des Villenbesizers, bereits in Säcken eingepackt, im Vorgarten zum Weatragen bereitgestellt. Aus dem Keller der Villa hatte er 50 Flaschen Wein entwendet. Michels hatte bei seinen Raubzügen entweder ein Geispann am Bornstedter Felde zum Fortschaffen der Beute bereit oder er benutzte einen Kahn, um auf dem Wasserwege nach seinem Schweizer Haus in Redlig zu gelangen. Von der Kriminalpolizei wurde als sein Mittäter der Chauffeur Reimerg ermittelt, der als Angler im Sommer die Bekanntschaft des Michels gemacht hatte. Bis jetzt sind den beiden zwei Villeneinbrüche in Neu-Fahrland und Feldbliebstraße, bei denen sie Kartoffeln, Kunkeltrüben und Heu weggeschafften, nachgewiesen worden.

Der Vertrieb des „Vorwärts“ sollte vom 1. Dezember ab von einer Zeitungsvertriebsgesellschaft m. b. H. Jacobi erfolgen, um die Expeditionskosten zu verbilligen. Wie wir hören, hat sich das Projekt zerfallen.

Der Magistrat ist dankbar. Der Magistrat erklärt einen Aufruf an die Bürgerschaft, indem er ihr zunächst für die tatkräftige freiwillige Hilfeleistung bei der Schneebeseitigung den Dank ausspricht. Zugleich wird erneut jedermann, der es irgend ermöglichen kann, gebeten, auch bei den weiteren Schneefällen die Hausbesitzer in Ausübung ihrer Verpflichtung, den Schnee vom Fahrdamm zu beseitigen, zu unterstützen und danach den Fahrdamm in dünner Schicht mit abstumpsendem Material (Sand oder Asche ohne Beimischung) zu bestreuen.

Im Streite erschossen wurde in einer Gastwirtschaft in der Invalidenstrasse der Gefreite Paul Richter; und schwer verletzt ein Arbeiter Laake. Der Täter, ein unbekannter Mann, ist entflohen.

Mit Gas vergiftet hat sich ein Ehepaar Fuß aus der Bienenstraße. Die Frau konnte ins Leben zurückgerufen werden.

Aus der Zeit.

Die Gräfin auf dem Schmuggel. Vor dem Landgericht in Arnheim (Holland) wurde dieser Tage verhandelt gegen die Gräfin von Platen, geb. Barones von Alden zu Widderkert, wohnhaft in Berlin, im Hause des Unterstaatssekretärs von Stumm. Am 18. Oktober 1917 kamen in Zevenaar (holländische Grenze und Zollstation) elf Koffer mit dem Gepäck der Gräfin an. Im Laufe des Tages wurde die Zollbehörde in Zevenaar durch einen Beamten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten im Haag telephonisch unterrichtet, daß die Gräfin ankommen werde und es wurde ersucht, an ihr keine Leibesvisitation vorzunehmen und sie mit Achtung zu behandeln. Auch der deutsche Konsul kündigte telegraphisch die Ankunft der Dame an. Doch es zeigte sich, daß auch von anderer Seite die vornehme Reisende bereits die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hatte, denn gleich darauf meldete sich bei der Zollbehörde der Brigadeführer der Königl. Gendarmen aus Arnheim, der mitteilte, daß er beauftragt sei, eine besondere Untersuchung des gräflichen Gepäcks vorzunehmen. Als dann die Gräfin nachmittags in Begleitung ihrer jungen Tochter und deren Gouvernante ankam, brachte sie noch mehrere fünf Gepäckstücke mit. Die Gräfin wehrte sich zwar, unter Berufung auf die aus dem Haag eingelaufenen Anweisungen, gegen die Untersuchung, aber es half nichts. Und so kam denn heraus, daß in den Koffern eine große Menge Schmuggelware im Gesamtgewicht von 100 Kilo verborgen war. Alles, was nur eßbar war, kam zum Vorschein, dazu noch eine große Anzahl neuer Schuhpaare, 100 neue Saugflaschen, ein großer Teil Kleiderstoffe und Leibwäsche, zusammen einen Betrag von einigen Tausend Gulden darstellend. Die entdeckten Gegenstände wurden beschlagnahmt. Zu erwähnen ist noch, daß an demselben Nachmittage eine Schwester der Gräfin mit ähnlichem Gepäck ankam, das ebenfalls beschlagnahmt wurde. — Der Staatsanwalt in Arnheim meinte, daß die Art, wie die Angeklagte eine solche Menge von Gütern, deren Ausfuhr verboten sei, zu schmuggeln versucht habe, von einer grenzenlosen Brutalität zeuge. Unter Mißbrauch ihrer Stellung habe sie gehofft, die Sachen ungehindert über die Grenze bringen zu können. Hier sei eine strenge Strafe am Platz. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis, sofortige Inhaftierung und Verfallklärung der geschmuggelten Ware. Das Urteil wird am 24. Dezember verkündet. Die Gräfin war nicht erschienen.

Wie man sieht, ist das Schmuggeln aus Holland nicht ohne Gefahr, selbst für solche Leute nicht, die sich des Schutzes holländischer Minister und deutscher Konsule zu erfreuen haben. Hier kostet allerdings nur den Verlust der Schmuggelware; was das Gefängnis betrifft, so scheint die Gräfin in Sicherheit zu sein. Andern Leuten, die nächstens auf verbotenen Wegen schmuggeln, drohen größere Gefahren. Täglich melden die holländischen Zeitungen von Schmugglern, die erschossen wurden oder an elektrisch geladenem Draht ein plötzliches Ende fanden.

Buchdruckerei
Maurer & Dimmick
SO 16, Köpenicker Strasse 36/38.
Anfertigung von:
Zeitschriften — Statuten — Qualitätsmarken — Billets —
Mitgliedsbüchern — Programmen
sowie sämtlichen Drucksachen.

Für unsere Jugend.

Rückblick und Ausblick.

Sagen wir es nur frei heraus: An der Jahreswende 1917—1918 bietet der Stand der proletarischen Jugendbewegung Deutschlands kein erfreuliches Bild. Je klarer und ehrlicher wir dieser betrüblichen Tatsache ins Gesicht sehen, je gründlicher wir ihren Ursachen nachspüren, desto eher werden wir zu einer Gesundung gelangen, desto aussichtsreicher ist es, aus den Wirrungen und Hemmungen der Kriegszeit heraus eine Bewegung der deutschen Arbeiterjugend zu schaffen, die das heranwachsende Proletariatsgeschlecht für die unvermeidlichen Zukunftskämpfe der Arbeiterklasse zusammenfaßt, schult und seine Interessen wahrnehmen läßt.

Im „Jungvolk 1918“ hat Richard Weimann einen langen Artikel über die proletarische Jugendbewegung im dritten Kriegsjahre veröffentlicht, in dem er die von der regierungssozialistischen Partei abhängige Richtung im rosigsten Lichte darzustellen versucht, dabei aber doch eingestehen muß, daß es mit dieser, von der Zentralstelle finanzierten und von den Behörden nicht beeinträchtigten „Bewegung“ nicht zum besten bestellt ist. Er unterläßt es daher auch wohlweislich, die Gesamtzahl der derzeitigen Abonnenten der „Arbeiterjugend“ anzugeben, obwohl seine „Jugendbewegung“ nur eine lose Vereinigung der Abonnenten dieser Zeitung ist.

Wir haben aber ruhig einzugestehen, daß die Jugendbewegung, die zur Unabhängigen Sozialdemokratie hält, weder ihrer Zahl nach noch ihrer Betätigung nach Anlaß zur Zufriedenheit gibt. Sie ist noch nicht viel über tastende Versuche herausgekommen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß „das häßliche Kapitel von der Betämpfung der proletarischen Jugendbewegung durch Staat und Polizei“, das Herr Weimann frohlockend als für seine „Bewegung“ abgeschlossen erklärt, für unsere Bewegung noch lange nicht abgeschlossen ist.

Und weiter muß festgestellt werden, daß die dritte Richtung der proletarischen Jugendbewegung, die unter dem Namen „Jugendbildungsverein“ sich von aller „Bevormundung“ durch Erwachsene frei machen und in Sturm und Drang selbständig die letzten Ziele des Sozialismus verwirklichen wollte, nicht viel mehr als eine kleine Sekte geblieben ist. Sie hat trotz aller schönen Begeisterung und jugendlichen Uberschwanges größere Massen der proletarischen Jugend nicht mit sich reißen können, ja sie pfeift zum Teil sogar in einer unglaublichen Verkennung proletarischer Kampfesnotwendigkeiten auf jede Massenwirkung und will in einer Art geistigen Hochmuts eine intellektuelle Elite sein. Wobei diese Selbstständigkeitsfanatiker mehr unter dem Einflusse gewisser Erwachsener, die von Wesen und Aufgaben der proletarischen Jugendbewegung schief und einseitige Vorstellungen haben, stehen, als sie selbst ahnen.

In den Jugendsektionen unserer Parteiorganisationen, in denen die jungen Genossen und Genossinnen von 18 bis 21 Jahren zusammengefaßt werden sollten, herrscht, soweit solche Sektionen überhaupt noch bestehen, auch kein rechtes Leben. Nur hier und da ist in letzter Zeit eine Wendung zum Besseren zu bemerken.

Der Besuch der Jugendheime, soweit sie von der Arbeiterschaft mit großen Opfern offen gehalten werden konnten, ist im ganzen nicht erfreulich. Aber es ist doch nur ein gewisser Stamm von Jugendheimbesuchern, während große Massen der proletarischen Jugend gleichgültig und stumpf dahinleben, an oberflächlichen Zerstreuungen Genüge finden oder sich sogar Bestrebungen zuwenden, die in ihnen das Zugehörigkeitsgefühl zur klassenbewußten Arbeiterschaft ertönen sollen. Anerkannt werden muß, daß trotz aller Kriegsnöte hier und da neue Arbeiterjugendheime von opferwilligen Parteigenossen eröffnet worden sind.

Ueber den Stand der gewerkschaftlichen Jugendabteilungen fehlen uns zurzeit alle Angaben. Aber als sicher ist anzunehmen, daß auch sie unter den Kriegswirklungen zu leiden haben, ebenso sicher ist wohl auch, daß sie mehr zur Züchtung eines einseitigen Fach- und Berufsinteresses führen als zur Stärkung des proletarisch-sozialistischen Zusammengehörigkeitsgefühls und

der revolutionär-sozialistischen Weltanschauung. Und da in diesen Abteilungen die Gewerkschaftsbürokratie so ziemlich ungehindert schalten und walten kann, ist auch anzunehmen, daß sie die heranwachsende Gewerkschaftsgeneration zu treuen Anhängern ihrer vielgerühmten Politik vom 4. August mit all ihren Konsequenzen zu machen versucht.

Wir wissen, daß uns diese nüchternen Feststellungen über den unerfreulichen Stand und die Zerrissenheit der proletarischen Jugendbewegung Angriffe von rechts und von links eintragen wird. Das soll uns aber nicht hindern, auszusprechen, was ist. Gerade weil wir wissen, daß der Arbeiterklasse unter den Kriegswirklungen und Kriegsfolgen schwere Kämpfe bevorstehen, weil wir wissen, daß der kommende Friede kein goldenes Zeitalter für sie sein wird, sondern eine Zeit schweren Ringens um Arbeitsmöglichkeiten, Besserung der Lebenshaltung und kulturellen Aufstieg bringen wird, weil wir wissen, daß die proletarische Jugend in diesem Ringen eine leidende und handelnde Rolle spielen wird, muß die Wahrheit über die heutige proletarische Jugendbewegung gesagt werden. Nur so können die heutigen Irrungen und Anzulänglichkeiten überwunden, nur so kann eine kraftvolle und umfassende Jugendbewegung der Arbeiterklasse geschaffen werden, die in ihrem Wirkungskreise die sozialistischen und demokratischen Ziele verwirklichen hilft.

Wir wissen, daß die wirtschaftlichen und sozialen Begleiterscheinungen des Krieges einen unheilvollen Einfluß auf die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ausgeübt haben und noch ausüben. Das Hineinziehen der jugendlichen Arbeitskraft in das so fieberhaft arbeitende Getriebe der Kriegswirtschaft hat die körperliche und geistige Entwicklung der Generation, die in den Kriegsjahren in das Berufs- und Erwerbsleben hineinwuchs, auf das nachteiligste beeinflusst. Die berufliche Ausbildung ist fast überall zu kurz gekommen; das Mehrerdiener-Müssen war unter dem Druck der Kriegsteuerung für viele Jugendliche ein harter Zwang, unter dem sie lange Arbeitszeit, Nachtarbeit, mangelhafte Berufsausbildung, Uebermüdung, Stumpfheit und krankhaften Hang zu nervenaufpeitschenden Zerstreuungen in den Kaufnehmen mußte. Die Aufhebung der kümmerlichen Jugendschutzbestimmungen hat dem Unternehmertum einen Raubbau an der jugendlichen Arbeitskraft ermöglicht, dessen zerstörende Wirkungen durch die höheren Löhne nicht annähernd aufgehoben werden konnten. Die „Zentralstelle“ der regierungssozialistischen Partei hat, wie Herr Weimann rühmend hervorhebt, des öfteren gegen diese Zustände protestiert, ohne daß dadurch irgend etwas besser geworden wäre. Solche Proteste müssen aber von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt sein, weil eine Partei, die sich rücksichtslos die kriegerische Politik der Regierung zu eigen gemacht hat, auch die wirtschaftlichen und sozialen Begleiterscheinungen des Krieges schluden mußte und ihren Protesten jede Durchschlagskraft nahm. Und das um so mehr, als man mit den Parteien des Bürgertums, die die politischen Sachwalter der verschiedenen Schichten des Unternehmertums sind, in burgfriedlicher Harmonie zu leben bemüht war, damit aber auch auf jede energische Verfechtung proletarischer Interessen verzichtete; die Proteste gegen die sozialen Nöte der arbeitenden Jugend haben daher wie so manche andere ein Ende im Papierkorb der Regierung gefunden.

Jetzt, wo wir uns vielleicht dem Ende des Krieges nähern, drohen der arbeitenden Jugend noch andere Gefahren: der Abbau der Kriegsindustrie, der Mangel an Rohstoffen für die Friedenswirtschaft, das Zurückströmen massenhafter männlicher Arbeitskräfte aus dem Heere ins Wirtschaftsleben, die mangelhafte Berufsausbildung vieler Jugendlichen werden in absehbarer Zeit über die proletarische Jugend eine Periode der Arbeitslosigkeit, der Verminderung der Kriegslöhne bringen. An die Steuerleistungen derer aber, die noch verdienen können, werden direkt oder indirekt die höchsten Ansprüche gestellt werden, denn der Staat wird zur Deckung seiner ungeheuren Kriegsschulden auch den bescheidensten jugendlichen Arbeiter nicht verschonen. Daneben wird der Polizeistaat nicht sofort auf die ihnen während des Krieges so leicht gewordene Bevormundung der

arbeitenden Jugend verzichten wollen, ebenso wenig wie bürgerliche Bestrebungen erlahmen werden, die jungen Proletarier durch allerlei gewaltsame und listige Mittel von der klassenbewußten Arbeiterbewegung fernzuhalten und vor den Wagen ihrer nationalistischen, militarischen, kirchlichen oder sonst irgendwie sozialismuseindlichen Zwecke zu spannen.

Die große Masse der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen steht den gegenwärtigen und zukünftigen Gefahren ungerüstet gegenüber. Die Unterernährung auf der einen, die Ueberanstrengung auf der andern Seite hat gesundheitliche Schädigungen im Gefolge, deren Wirkungen zurzeit noch nicht im vollen Umfange fühlbar sind. Auch in geistiger und kultureller Beziehung hat der Krieg auf viele jugendliche Arbeiter nicht als großer „Erneuerer“, sondern abstumpfend und verflachend, ja sogar, sagen wir es frei heraus, verrohend gewirkt.

Ist es daher nicht hohe Zeit, daß die kleine Schar derer, die der proletarischen Jugendbewegung und deren sozialistischen und kulturellen Zielen treu geblieben ist, daran denkt, ihre Bewegung in neue, gesunde Bahnen zu lenken, in Bahnen, die ebenso wenig in dem alten, bevormundenden Jugendsplegesystem der Jugendausschüsse und Zentralstelle, wie in einer kurzfristigen Vereinspielerei ihr Genüge finden können?

Schaffung und Ausbau einer umfassenden Jugendbewegung, in der die Jugendlichen ihre eigenen Angelegenheiten organisatorisch selbst erledigen, aber gestützt und geistig befruchtet durch die ehrlich sozialistischen Organisationen der erwachsenen Arbeiterschaft, das ist die eine Forderung, die das neue Jahr an die tätigen Jugendgenossen stellt. Und weiter ist notwendig der ehrliche und energische Wille, sich vertraut zu machen mit Theorie und Praxis des Sozialismus, nicht in dilettanten- und phrasenhafter Selbstüberhebung, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß man in absehbarer Zeit an der Verwirklichung des Sozialismus mitzuarbeiten hat, wozu nicht nur Begeisterung, sondern auch Wissen und Einsicht gehört. Denn die Verwirklichung des Sozialismus besteht nicht nur im Kampfe gegen Ausbeutung und Entrechtung, sondern auch im Aufbau einer neueren und besseren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wie schwer gerade die letztere ist, das zeigen uns die Schwierigkeiten, mit denen die russische Revolution unserer Tage zu kämpfen hat. Aber neben dem Ausbau einer selbständigen Jugendorganisation und neben der geistigen Schulung ihrer Mitglieder darf die dritte größte Aufgabe nicht vergessen werden: die **Verbearbeitung** unter den abseits stehenden und irregeleiteten jugendlichen Proletariern. Denn die proletarische Jugendbewegung kann wie die Bewegung der erwachsenen Proletarier nur als **Massenbewegung** Bedeutung und Erfolg erlangen. Die erfolgreichste Werbetätigkeit unter jungen Proletariern kann aber nur von aufgeklärten und für ihre Sache begeisterten jungen Proletariern geleistet werden, die Organisationen der erwachsenen Arbeiterschaft können da nur indirekte Hilfe leisten.

Nur in ganz allgemeinen Umrissen können hier die Aufgaben vorgezeichnet werden, von deren Erfüllung die Schaffung einer neuen und starken sozialistischen Jugendbewegung abhängt. Im einzelnen wird darüber noch manches zu sagen sein. Aber es ist hohe Zeit, die Hände ans Werk zu legen. Soweit die Verhältnisse in Groß-Berlin in Betracht kommen, müssen alle die jungen proletarischen Kräfte, die mit den Jugendsplege-Maximen eines schwächlichen Reform- und Scheinsozialismus Weimannscher Couleur nichts zu tun haben wollen, zu einer Verständigung und Zusammenfassung kommen. Vereinigung Arbeiterjugend, Jugendbildungsverein, Jugendsektionen und Jugendheime müssen sich zu einer Gemeinsamkeit der Arbeit für eine wirklich proletarisch-sozialistische Jugendbewegung zusammenfinden. Fort mit aller Eigenbrödelei, Gedankenlosigkeit, Oberflächlichkeit und konservativem Festhalten an hergebrachten Neuerlichkeiten: die arbeitende Jugend bedarf jetzt mehr denn je des Sozialismus, wie der Sozialismus die proletarische Jugend braucht.

Weihnachten 1917.

Von einer kranken Proletarierfrau ging uns folgendes Gedicht zu:

Du träumst von Weihnacht, mein liebes Kind,
Und klagst, daß es schon die vierten sind,
Daß unser Vater so fern.
Mein Liebling, ich glaub es dir gern.
Auch ich denk oft an die Zeiten zurück,
Wo das Fest uns alle vereinte in Glück.
Es ist mir, als wär es nur ein Traum,
Ich blinke auf den Tannenbaum —
Du hast ihn geschmückt, schlicht, ohne Kerzen —
So tröstlos ist's auch in unserem Herzen.
Die Briefe vom Vater, sie wollen nicht klagten,
Und dennoch will jede Zeile mir sagen
Die Sehnsucht nach uns, nach seinem Heim,
Er dort — wir hier so allein.
Drum Kind, hörst Weihnachtsglocken du läuten,
So wisse, was das will heute bedeuten:
Sie läuten und predigen den Frieden auf Erden,
Und lassen doch selber nicht Frieden werden. —

Doch mutig, mein Sohn, in die Zukunft geh'n,
Auch dieser Krieg muß zu Ende einst geh'n,
Und wird es Frieden und will's das Geschick,
Daß dein Vater lehrte aus dem Felde zurück,
So wird er dich lehren, für Wahrheit und Recht
Ein Kämpfer zu werden dem neuen Geschlecht,
Für wahren Frieden auf Erden.

Städtische Jugendämter.

Im preussischen Ministerium des Innern werden zurzeit Grundzüge ausgearbeitet, die der Einrichtung städtischer Jugendämter als Unterlage dienen sollen. In Rücksicht hierauf haben in letzter Zeit eine Reihe von Gemeinden beschlossen, solche Jugendämter ins Leben zu rufen. Der Aufgabenkreis dieser Jugendämter ist verschieden. In größeren Städten haben einzelne Verwaltungen die Materie zum Teil in ihre Aufgabepflichten aufgenommen. Jetzt soll aber allgemein eine besondere Einrichtung einen Zentralpunkt für die Förderung der Bestrebungen auf dem Gebiete der Jugendfürsorge bilden. Obenan soll stehen die Fürsorge für die vorschul- und schulpflichtige Jugend, aber auch der schulentlassenen Jugend soll besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Die letztere soll vor allem zur körperlichen Erhaltung erzogen werden, auch Berufsberatung soll erfolgen. Die Entwicklung dieser Jugendämter muß genau verfolgt werden. Es ist nicht unbekannt, daß bereits vor dem Kriege Bestrebungen im Gange waren, die recht reaktionär genannt werden müssen. Auch auf dem Gebiete der Fürsorgewesen ist die Entwicklung durchaus reaktionäre Bahnen gegangen und es sieht gar nicht so aus, als ob diese reaktionäre Tendenz verlassen worden ist.

In Berlin hat die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung vom 9. November der Errichtung eines städtischen Jugendamtes zugestimmt, dem zunächst folgende Aufgaben überwiesen worden sind:

1. Schaffung, Uebernahme und Unterstützung von Einrichtungen zur körperlichen Erhaltung der Jugend.

2. Uebernahme von schon innerhalb städtischer Verwaltungen bestehenden Einrichtungen wirtschaftlicher Fürsorge sowie von Bildungs- und Unterhaltungsmöglichkeiten für die Jugend.

3. Schaffung eines Mittelpunktes für alle Bestrebungen der auf dem Gebiete der Jugendfürsorge tätigen Vereine.

Hinzukommen soll nach einem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung noch die Einbeziehung der Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten sowie die schulentlassene Jugend, soweit sie noch fortbildungspflichtig ist, sowie der Kindererschulung vor Ausbeutung und Mißhandlung, unbeschadet der der Wassendeputation zustehenden Befugnisse. Viel wird abhängen von der Persönlichkeit, der die Leitung des Jugendamtes übertragen werden wird.

Sozialdemokratische Jugendbewegung in Lettland.

Aus Riga ging uns folgender Bericht des Zentralkomitees des sozialdemokratischen Jugendbundes Lettlands mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

In den revolutionären Kämpfen der Sozialdemokratie Lettlands hat stets mit den erwachsenen Genossen auch die proletarische Jugend aktiv mitgewirkt. Diese Tatsache vollzog sich in der Revolutionszeit 1905, wie auch während der schweren Reaktionsperiode 1907—1910. Doch bekam die Organisierung der Jugend den Charak-

ter einer Massenbewegung erst nach der Revolution 1917, nach der Einführung der politischen Freiheiten. Schon gleich nach den berühmten Märztagen wurde der Sozialdemokratische Jugendverband Lettlands gegründet, welcher bald recht große Anhängerzahl in allen Teilen des Landes befaß. Kurz vor dem Einmarsch der deutschen Truppen zählte der Verband 1500 Mitglieder, welche in drei Bezirksorganisationen mit 20 Ortsvereinen verteilt waren.

Vom 4.—5. Juni d. J. tagte in Riga der erste Kongress des Verbandes mit 41 anwesenden Delegierten, welcher über die wichtigsten organisatorischen und politischen Fragen verhandelte. Von diesen waren die Stellung zum Kriege und die Frage über die Zukunft Lettlands zu vermerken. Ueber die erste wurde eine Entschließung angenommen, die auf den Grund der Resolutionen von Zimmerwald und Kienthal in die sofortigen demokratischen Forderungen nach der bekannten Sowjetformel forderte. In der anderen Frage wurde der Beschluß gefaßt, der Forderung der politischen Autonomie Lettlands in den Grenzen des demokratischen Rußlands sich anzuschließen. Der Kongress wählte das Zentralkomitee des Verbandes, das eine eigene Zeitschrift „Darba Jaunatne“ (Arbeitende Jugend) zweimal wöchentlich herausgab, die in 3000 Exemplaren gedruckt wurde. Das Zentralkomitee stand in Verbindungen mit den sozialistischen Jugendorganisationen Rußlands. Der Verband hatte sich der Jugendinternationale angeschlossen, das heißt dem Provisorischen Bureau der Sozialdemokratischen Jugendinternationale in Zürich.

Der Verband entwickelte in der kurzen Frist seiner freien Existenz eine rege Tätigkeit nicht nur auf dem Gebiete der Selbstbildung und theoretischen Aufklärung, sondern er beteiligte sich auch aktiv im politischen Leben. So führte der Verband eine weitgehende Agitation in den Stadtduma- und Landdumawahlen für die Kandidaten der Sozialdemokratie Lettlands, und da jetzt in Rußland das Wahlrecht alle Bürger von 20 Jahren an besitzen, so wurden auch mehrere Mitglieder des Verbandes in diese wichtigen Körperschaften gewählt. Die Vertreter des Verbandes beteiligten sich in den Sitzungen des Rigaer Arbeiterdeputiertenrates. In den Massendemonstrationen vom 1. Mai und 18. Juli nahmen auch die Vereine des Verbandes teil und erhoben als erste die Forderung des allgemeinen Waffenstillstandes.

Die Beziehungen zwischen dem Jugendverbande und der Partei wurden auf den Kongressen beider Organisationen geregelt. Ihnen zufolge wird der Verband als Bestandteil der Partei betrachtet mit der Aufgabe, sozialdemokratische Ideen in der proletarischen Jugend zu verbreiten. Ihm gehören an Personen im Alter von 14 bis 21 Jahren. Der Verband delegiert seine Vertreter nach den Parteikongressen und dem Zentralkomitee der Partei.

Diese allseitige Tätigkeit der Arbeiterjugend Lettlands wurde eingestellt nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Riga. Die sozialdemokratische Jugendorganisation muß auf bessere Zeiten warten...

Einweihung des Jugendheims Reinickendorf-Or.

Vor einem Monat berichteten wir schon an dieser Stelle über die Verlegung unseres Jugendheimes in Reinickendorf-Or. Am Sonntag, den 16. Dezember, fand die Einweihung desselben statt. Die Räume, ursprünglich ein Restaurant, wurden gerade durch ihre Einfachheit vorzüglich auf den Besucher, und bestehen aus einem Garderobenraum, einem großen Vortrag- oder Unterhaltungsraum, einem Bibliothekszimmer, einem Sitzungszimmer, der Küche und den Toiletten.

Ein Chaos von etwa 20 jugendlichen Heimbesuchern beiderlei Geschlechts leitete durch das Lied: „Krönt den Tag“ die Feier ein. Ein Trio (2 Violinen, 1 Cello), vorgelesen von drei Kollegen, fand ebenso wie der Gesang lebhaften Beifall. Die Festrede, gehalten von Genossen Däumig, fesselte die Anwesenden in ihren Bann. Der Referent betonte, warum es unbedingt notwendig ist, daß wir, „Arbeiter“-Jugendheime allerorts errichten müssen. Er legte die Bedeutung des „Arbeiter“-Jugendheimes für das heranwachsende Geschlecht klar; spezialisierte die Tätigkeit des Jugendheimes gegenüber der Jugend und umgekehrt die Pflichten der Jugend an dem Jugendheim. Nach dem etwa eine halbe Stunde dauernden Referat konnte Genosse Däumig allseitigen, lebhaften Beifall für seine, die Jugend aufrüttelnden und ins Herz sprechenden Worte ernten. Hoffen wir, daß diese Worte nicht langlos verhallen, sondern den Anstoß geben zu neuer, fruchtbringender Tätigkeit. Ein Streichquartett, ausgeführt von 4 Jugendlischen, fand gleich-

falls Beifall. Rezitationen von den Kollegen Schulz (Gesang der Jungen) und Grob (Wir sind das Schwert und Krieg und Frieden), der Kollegin Geiger (Jung sein), sowie von Kollegen Galsche (Die heilige Allianz) und besonders die von der Kollegin Dorst vorgebrachte: „Das Heim der Armen“, gefielen gut. Der Sologesang einer Kollegin schloß in würdiger Weise die sowohl von den zahlreichen erschienenen Eltern als auch von der Jugend mit Aufmerksamkeit verfolgte Feier. Mögen die Hoffnungen und Wünsche, die der Festredner aussprach, recht bald in Erfüllung gehen und die Räume des Jugendheimes zu eng werden, um die Besucher aufzunehmen.

Was der Feier aber ein besonderes Gepräge gab, ist, daß dieselbe von Jugendlischen ausgearbeitet und bis auf den Festvortrag auch von ihnen ausgeführt wurden. Wohl konnte man Uneinheiten bei den Leistungen bemerken, doch waren dieselben so geringfügig, daß man nicht nur zufrieden, sondern stolz auf unsere Heimbesucher sein kann, die uns eine derartige Heimweihung bereitet.

Nach der Feier wurden Reigentänze vorgeführt und Gesellschaftsspiele veranstaltet, an denen sich die zahlreich erschienenen Jugendlischen lebhaft beteiligten. Als um 10 Uhr das Heim geschlossen wurde, waren wohl allen Teilnehmern die Stunden zu schnell verfloßen.

Weihnachtsfeier im Jugendheim Berlin I. Am Dienstag, den 25. Dezember (1. Weihnachtstfesttag), fand im Jugendheim I. Brunnenstraße 20, eine von der Jugend veranstaltete Weihnachtsfeier statt. Wohl 200 Personen füllten dicht gedrängt den großen Raum des Heimes. Born ein Tannenbaum und eine Bühne. Das Gesicht erhellte die Weihnachtskerzen erdendenscheinhaft. Tische, sah schickern, erklingt das Lied: „Stille Nacht, heilige Nacht“. Auf der Bühne werden dann unter Aufleuchten von buntem Licht lebende Bilder gezeigt. Ein alter Kollege trägt polend eine Resitation vor, ein anderer hält den Festvortrag. Es folgten dann ein Prolog, Rezitationen und wieder zur Pause. Ein Theaterstück, Bilder und den Vorabend des Weihnachtsfestes unter ungewöhnlichen Umständen in einer Arbeiterfamilie. Gedichte, Lieder zur Pause, Rezitationen und Reigentänze wechselte ab und füllten den Abend aus. Jeder der einzelnen Darbietungen wurde reichlicher Beifall erteilt. Pöffe über Stunden dauerte die Veranstaltung. Während dieser Zeit hat auch die Berliner Jugend gezeigt, daß sie trotz elenischer Pöffe in ihren Reihen, immer noch in der Lage ist, selbst gute Unterhaltung zu bieten.

Weiterer Abend. Am Sonnabend, den 1. Dezember, veranstalteten die Vereinigung Arbeiterjugend Groß-Berlin im unteren Saale der Musikvereinsäle einen heiteren Abend. Begrüßungsworte des Referenten leiteten die Veranstaltung ein. Vier Lieder, vorgelesen vom „Männerchor Or.“, konnten allseitigen Beifall ernten. Eine höhere, sehr Rezitationen von Genossen Meier erregten Interesse. Nach einer kurzen Pause kamen wieder zur Pause zum Vortrag, die von den Anwesenden außerordentlich beifällig aufgenommen wurden und zur Folge hatten, daß die Sängerin mehrere Male auf der Bühne erscheinen mußte und einige Zugaben gab. Gese und Text harmonierten vorzüglich. Der „Männerchor Or.“ sang dann noch vier Lieder vor. Eine kurze Schlussansprache des Jugend-Vorsitzenden und ein dreifaches Hoch auf die Vereinigung Arbeiterjugend Groß-Berlin schlossen gegen 1/2 12 Uhr die Veranstaltung.

Vortragskursus.

In der Arbeiterbildungsschule, Schilderstr. 5/6, Hof II Treppen, findet ein Vortragskursus statt, der besonders für Jugendlische eingerichtet ist und die Fortsetzung vom Mittwoch-Kursus des letzten Quartals bildet. Das Thema lautet: Vom utopischen Sozialismus zum „Kriegssozialismus“. Vortragende Genossin Wurm. Der Kursus beginnt am 16. Januar, abends 1-9 Uhr, umfaßt 10 Abende und findet jeden Mittwoch statt. Das Hörgeld beträgt 1 Mk. Wie beim vorigen Kursus für Jugendlische erhalten auch diesmal die eingeschriebenen Mitglieder der „Vereinigung Arbeiterjugend Groß-Berlin“ eine Vergünstigung, indem sie nur 50 Pf. zu zahlen brauchen, wenn sie sich vorher unter Vorlegung des Mitgliedsbuches im Jugendsekretariat, ebenda, melden.

Stadtverordneten-Ersatzwahl für Städtischen.

Die Stadtverordneten-Ersatzwahl für den verstorbenen Genossen Artur Städtchen ist auf Sonntag, den 13. Januar, in der Zeit von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr, festgesetzt. Der 11. Gemeindevahlbezirk (III. Abteilung), um den es sich handelt, umfaßt die Stadtbezirke 106 bis 109. Gewählt wird in fünf Lokalen, und zwar:

- für den 1. Teil — umfassend den Stadtbezirk 106 — im Wahllokale Schleißische Straße 9, bei Vogt;
- für den 2. Teil — umfassend den Stadtbezirk 107 A — im Wahllokale Euvrystraße 37, bei Rene;
- für den 3. Teil — umfassend den Stadtbezirk

107 B — im Wahllokale Schleißische Straße 28, bei Voit;

d) für den 4. Teil — umfassend die Stadtbezirke 108 A und 108 B — im Wahllokale Görlitzer Straße 52, bei Borchardt;

e) für den 5. Teil — umfassend den Stadtbezirk 109 — im Wahllokale Skalitzer Straße 59 C, bei Mix.

Die Wähler erhalten eine Einladungskarte zugestellt zum Zwecke der Legitimation. Wer inzwischen aus dem Bezirk verzogen ist — seit Juli 1917 — und keine Karte erhält, kann die Karte aus dem Wahlbureau, Stralauer Straße 44/45, I, abholen. Es genügt auch die Vorlegung anderer Legitimationen, wie Invalidenkarte, Steueranmeldung, Mietkontrakt usw.

Kandidat unserer Partei ist:

Parteisekretär Hermann Darenthin.

Aufgabe unserer Genossen ist es, die kurze bis zur Wahl zur Verfügung stehende Zeit auszunutzen zur Werbung für den sozialdemokratischen Kandidaten.

Das Verlangen nach guten Büchern

ist außerordentlich stark. Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß im Verbandsbureau, Schilderstraße 5, Hof, 2 Treppen, noch ein Posten des Buches Kantohn: „Massenfreil“ zum Preise von 2 Mk., und eine Gedichtsammlung von Ludwig Bessen: „Fadeln der Zeit“, zum Preise von 50 Pf., abgegeben wird, auch im einzelnen. Wer Bedarf hat, wolle sich an unser Bureau wenden.

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: C. Leib; Verleger H. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5.
Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Ademaer Str. 36-38.